

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 2000 Mark. Einzelne Nummern 80 Mark.
Herausgeber: Geheimschreiber Nr. 21296 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postleitzettelkonto Dresden Nr. 2486.

Aufklärungen: Die 32 mm breite Grundzelle oder deren Raum im Aufklärungs-
teil 200 M., die 66 mm breite Grundzelle oder deren Raum im amtlichen Teile 400 M./
unter Einsendung 500 M. Erhöhung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtag-Billige, Synodal-Billige, Gleichungskästen der Verwaltung der Staatschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluß
der Landes-Brandversicherungsgesellschaft, Verkaufsstelle von Holzplatten auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptgeschäftsführer Bernhard Hollé in Dresden.

Nr. 39

Donnerstag, 15. Februar

1923

England einer Intervention nicht abgeneigt.

Die Eröffnung des englischen Parlaments brachte die große Aussprache über Frankreichs Einstellung in das Kriegsgebiet, der man mit Spannung entgegenahm, ohne doch Entscheidenes von ihr zu erwarten. Im Mittelpunkt des Interesses stand natürlich die von uns gestern im Auszug veröffentlichte Rede des englischen Ministerpräsidenten, die Ausklärung darüber geben mußte, wie sich England der französischen Aktion gegenüber verhält. Bonar Law gibt sich ganz als uninteressierter Beobachter. Seine Unterhänderte erwidert fast den Standpunkt, als habe sich England bereits vom europäischen Schauplatz abgewandt. Wenn er am Schluß seiner Rede einer unbefüllten Haltung auf eine englische Intervention hindeutet, so spricht daraus noch keineswegs der Wille zur Tat, es hat vielmehr den Anschein, als handle es sich um eine rhetorische Schlusswendung. Man kann nach dieser Rede nur wiederholen: Deutschland steht allein. Das ist eine Tatsache, die man im Interesse des Wiederaufbaus Europas und des Friedens bedauern muß, bleibt aber trotzdem eine harte Tatsache, die mit aller Klarheit in die deutsche Rechnung eingestellt werden muß.

Den ersten Teil der Rede säßt ein Rückblick auf die Bonner und Pariser Konferenz. Bonar Law sagte: England schlug Frankreich vor, die Krise der Sicherung Deutschlands einem Rat von sechs Personen anzubauen, in dem ein Amerikaner und ein Neutraler sitzen und Stimme haben sollte. Deutschland sollte ein Votatorium von vier Jahren gewährt werden, die Wiedergutmachungssumme sollte auf 2½ Milliarden Pfund Sterling festgesetzt werden. Zur den Fall der Annahme dieses Vorschlags sollten die französischen und italienischen Schulden an England gestrichen werden. Poincaré schlug eine Diskussion des Vorschlags ab, er bestand auf der Beibehaltung des Kriegsgebietes; er bestand auf jenen Verpflichtungen, die deutlich über die Leistungsfähigkeit Deutschlands hinausgingen.

Das sind die Tatsachen, die Bonar Law als trauriger Beobachter feststellt, und wie haben die Pflicht, auch diese Tatsachen in unsere Rechnung einzufügen. Wir hören hier von einem sehr vorsichtigen und seine Worte auf die Magdeburger legenden Engländer, daß es Poincaré nicht auf Beiziehung, nicht einmal auf Streichung der französischen Schulden ankam, sondern allein auf die Beziehung des Kriegsgebietes. Bonar Law unterstellt diese Tatsachen im Verlauf seiner Rede und kam wörtlich zu folgendem Schluß: „Jetzt wird ein Kampf der Ausdauer zwischen zwei Völkern geführt...“ Die französische Regierung hat sich auf dieses Abenteuer eingelassen, sie ist gezwungen, das bis zu Ende durchzuführen.“

Die Debatte der beiden Häuser des Parlaments ergab zweifellos, daß keine politisch machbaren Kreise Englands die Aufräumung Frankreichs unterstützen. Andersfalls ist es aber klar, daß vorwiegend das Bedürfnis besteht, Frankreich die Sympathie auszubauen und ihm die Freundschaft zu bewahren, dies besonders deutlich in den Reden der Liberalen beider Häuser. Die Opposition unterscheidet sich von der Regierung wesentlich nur durch das Verlangen einer sofortigen Intervention oder einer Entschließung des Völkerbundes, wobei Aquith getragen einen starken Druck auf beide Kriegsparteien auszuüben empfahl. Die Regierung macht deutlich, daß augenblicklich für den Völkerbund keine geeignete Stimmung unter den kämpfenden vorhanden sei und Frankreich direkt absehen würde. Dagegen steht es jetzt außer Zweifel, daß die englische Regierung jede an sie herantretende Anregung bezüglich einer Intervention jorfällig behandeln würde.

Bard Grech verurteilt die Ruhraktion.

London, 14. Februar.

Bei der Aussprache über die Thronrede führte Lord Grey im Oberhaus folgendes aus: „Das einzige, was wirklich den Handel Großbritanniens wieder herstellen würde, sei der Wiederaufbau

der Stabilität in der Welt, besonders in Europa. Die Frage der interalliierten Schulden müsse im Zusammenhang mit einer vollständigen Regelung der Reparationsfrage gelöst werden. Die Aktion der französischen Regierung habe es jedoch fast irrelevant gemacht, diese Frage im gegenwärtigen Augenblick zu entscheiden. Es gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die Töchter den Hauses den Vertrag noch unterzeichnen würden. Was die Frage der Ruhrbesetzung anlange, so werde die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern wesentlich, um den Frieden wiederherzustellen.“ Diese Zusammenarbeit sei augenblicklich nicht vorhanden. Von wirtschaftlichen und finanziellen Standpunkts aus gesehen, sei Frankreichs Vorgehen im Kriegsgebiet nicht nur unklug, sondern es werde verhängnisvoll sein. Das Ende dieser Aktion sei noch nicht abzusehen. Vielleicht sei es möglich, durch das von der französischen Regierung angenommene Versetzen in Deutschland den Willen zum Zahlen hervorzurufen. Aber die deutsche Zahlungsfähigkeit würde sehr vermindert werden. Die Wurzel dieser wachsenden Schwierigkeiten sei das Gefühl der Unsicherheit mit Bezug auf die Zukunft.

Das Scheitern des französisch-englischen und des französisch-amerikanischen Garantievertrages sei in Wirklichkeit verantwortlich für einen großen Teil der Unruhe, der Angst und des Hasses, der zusammenwirkt, um Frankreichs Wohlstand noch immer ungelöst. Es werde nicht gelöst werden durch das französische Vorgehen im Kriegsgebiet, daß das führen würde, daß Deutschland und England immer mehr vereinigt werden. Diese beiden Nationen würden, obwohl sie augenblicklich nicht mächtig seien, in Zukunft wieder hoch werden. Der Völkerbund sei das einzige mögliche Mittel für eine bauernde Lösung. Es müsse die Frage der Reparationen als eine finanzielle und wirtschaftliche Frage behandeln und auf diese Weise zu Ende bringen, daß Deutschland wieder auf die Beine gestellt werde, um zahlungsfähig zu werden.

Hunger und Wucher.

Die „nationale Einheitsfront“ auf Kosten der — anderen.

Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt: „Wir haben immer darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, Maßnahmen gegen den Hunger zu ergreifen. Nichts ist geschehen. Obwohl es von Tag zu Tag schlimmer wird, werden durchgreifende Maßnahmen nicht getroffen. Was kommt aus dem Stadion der Erwürgungen nicht heraus.“

Zwischen verbürgten Teilen der deutschen Bevölkerung. Das ist keine Überredung!

Nach den „Leipziger Neuen Nachrichten“ hat der Physiologe der Universität Halle, Geh. Rat Emil Abderhalden, dieser Tage einen Vortrag über seine Erfahrungen auf dem Gebiete der Unterernährung alter Leute in Deutschland gehalten. Er erklärte, daß in Deutschland im Laufe dieses Winters viele Tausende von Menschen durch Räuberische Verhungern seien. Was die Altershilfe bereite, so läßen die Hilfsbedürftigen, vornehmlich die „verschämten Armen“, vielleicht viel zu spät, in Lumpen gewickelt, halb erstickt und zu Gleitern abgemagert. Prof. Abderhalden meint, daß in Deutschland noch viel zu wenig für die hungrigen alten Leute getan werde. Um im Auslande auf den wahren Zustand im Deutschen Reich hinzuweisen, wird er in nächster Zeit Aufklärungsreden in Bern, Basel und Zürich halten. Professor Abderhalden, der früher an der Universität Basel wirkte, ist geborener Schweizer.

Die L. R. R. geben diese Mitteilungen ohne Kommentar wieder. Sie müssen sie als wahre Anekdote annehmen. So weit sind wir also gekommen. Der Hungertod geht um in Deutschland. Wie hat man sich entsetzt, als im Vorjahr die Nachrichten aus Russland über die Hungersnotstrophe kamen. Und jetzt sind hier ähnliche Ereignisse zu verzeihen. Viele Tausende sind bereits verhungert. Weitere Massen sind dem Hungertode nahe. Hunderttausende, ja Millionen sind unterernährt. Die Jugend darunter, sie verhungert. Die nächste Generation wird kastilos sein. Räuberisch sind es die Besitzlosen, die allein von diesem furchtbaren Elend betroffen werden. Die Besitzenden müssen sich an reichhaltigen Tafeln. Der Wucher verschafft in Deutschland. Jetzt ist der Dollar gefallen, sehr erheblich gefallen, doch die Preise steigen. Und wo eine Steigerung nicht möglich ist, werden sie lästig aufrechterhalten. So berichten die L. R. R. von der Berliner Produktionsküche:

„Um Produktionsmarkt rounnen sich, bei Marktzurückhaltung des Angebots, die Getreidepreise ungünstig behaupten.“

„In der Leipziger Produktionsküche liegen ähnliche Wiederkäufe vor. Stark Zurückhaltung des Angebots: Das heißt, das Getreide wird jetzt nicht auf den Markt gebracht! Dabei werden für den Bentiner Markt 66 000 M. und für den Bentiner Bogen bis 68 000 M. an den Produktionshäusern bezahlt. Diese Preise sind den christlich und national gesinnten Agrarier zu niedrig. Deshalb geben die „zu allen Opfern bereiten Landwirte“ das Getreide nicht ab. Ihre Spekulation ist auf noch höhere Preise gerichtet. Damit erreichen sie, daß jetzt die Preise nicht fallen, und wenn wieder ein neuer Markttag erfolgt, streichen sie neue extreme Wuchergewinne ein. Keine bürgerliche Zeitung wendet sich dagegen. Nicht ein Postor erhebt dagegen seine Stimme, obwohl in den Kirchen gebetet wird: Unser täglich Brot gib uns heute...“

Zu dem gleichen Thema, insofern es den Wucher betrifft, schreibt die „Berliner Volkszeitung“: Die vor einigen Tagen angekündigte Kartoffelpreissteigerung ist inzwischen Tatsache geworden, da im Kleinverkauf das Pfund Kartoffeln heute 60 Mark kostet. Die Preissteigerungsspitze hat sich an das zuständige Ministerium gewandt, um von diesen Maßnahmen gegen die hohen Kartoffelpreise zu verlangen.

Ob diese Aktion Erfolg haben wird, ist sehr fraglich. Die Schuld an der Preissteigerung liegt fast ausschließlich bei den Engländern, den Verbündeten, die „unangemessene“ Preise für Kartoffeln verlangen. Natürlich sind die Zuschriften während des Monats Januar noch Berlin außerordentlich gering gewesen. Während die Bauern sich sonst auf die im Januar übliche Kälte befreien und die Mieten nicht öffnen wollten, um den Frost nicht in die Lagerhäuser eindringen zu lassen, entschuldigten sich die Produzenten diesmal mit dem anhaltenden Regenwetter. Es sei ihnen nicht möglich gewesen, mit ihren Gespannen durch das aufgewichhte Erdreich an die Kartoffelmielen heranzukommen, und so wurde die Ware in steigendem Maße zurückgehalten. Nachdem jetzt der Frost eingezogen ist, ist es überhaupt nicht möglich, Kartoffeln aus der Erde heranzunehmen und zu den Bahnstationen zu bringen.

Diese Schwierigkeiten lassen sich jedoch überwinden, sobald der Kartoffelsandler auf dem Lande Preise von 4000 bis 4500 M. anlegt. Die Landwirte haben ausgerechnet, daß es vorstellbar ist, bei der vorhandenen Knappheit an Fleißmitteln, und besonders an Flei, einen Teil der Kartoffeln für die Viehhaltung zu verwenden. Die Landwirte rechnen, daß fünf Bentiner Kartoffeln in ihrem Nährwert einem Bentiner Rinderfleck gleichzustehen haben. Nur kostet ein Bentiner Rogen eigentlich nur 40 000 M., und so ist das Ziel der Agrarier und ihres Anhanges, den Kartoffelpreis auf der Grundlage des Rogenpreises auf zu erreichen und, nach dem Schätzeln 5:1, die Kartoffeln auf 8000 M. in die Höhe zu treiben.

Die bisherigen Kartoffelpreise, welche die Handelswirtschaft erhalten hat, werden von Fachleuten als vollkommen ausreichend bezeichnet. Gefordert wird jedoch, daß der Reichsminister der Ernährung die Herstellung der Kartoffelsaucisse verbietet. Zur Herstellung einer Bentiners Brotsack sind etwa fünf Bentiner rohe Kartoffeln nötig, und der Bentiner Bogen wird heute schon mit 40 000 M. bezahlt.

Man sieht also, daß trotz der allgemeinen Not, in der sich das deutsche Volk befindet, und unter der besonders die verlässige Bevölkerung der Städte leidet, die Agrarier und ihr Anhang nur auf ihren Profit bedacht sind. Sie fordern wohl in ihrer Preise die sogenannte „nationale Einheitsfront“, aber, wie alles bei ihnen, ist dies nur eine leere Phrase, durch die sie sich innerlich nicht gebunden fühlen. Genau wie im Kriege, müssen auch diemal in dem wirtschaftlichen Wettbewerb gegen die Ruhrbesetzung die Massen alle Kosten auf sich nehmen, während die Herren Landwirte nur auf Verdienst denken. Pflicht der maßgebenden Behörden ist es, hier Befreiungen zu erklären, die notwendiger sind als der moralische Kampf gegen „Schlemmerei und Lustbarkeit“.

Paris und die Parlamentsreden.

Paris, 14. Februar.

Der „Tempo“ ist mit der Rede Bonar Law nicht zufrieden. Die Zeitung fragt, ob ein französischer Premierminister ebenso sprechen würde, wenn England sich in gleicher Lage befände wie Frankreich, und auf eine Erklärung der Verteiditeure wartet. Bonar Law habe alle Beweggründe der Franzosen und alle Folgen ihres Unterkommens in dämmern Garben gemalt und dadurch der „deutschen Propaganda“ die Möglichkeit gegeben, Guno zu ermutigen, Poincaré anguziehen. Bonar Law habe auch die Londoner Verhandlungen nicht richtig dargestellt. Poincaré habe im Dezember nicht erklärt, daß die Beziehung des Kriegsgebietes die Voraussetzung für jede Verhandlung ist. Poincaré habe im Gegenteil wiederholt gesagt, daß die Alliierten die Länder ohne jede militärische Besetzung sichern können, falls England gemeinsam mit den Alliierten die deutschen Länder für die Gewährung eines Zahlungsaufschubes verlangt. Die Propaganda Bonar Law, daß Frankreich kein Geld erhalten würde, auch wenn Deutschland kapitulierte, sei überflüssig gewesen. Deutschland werde aus diesen Worten seinen Vorteil zu ziehen wissen. Die „Liberté“ stellt nach der Rede des englischen Premierministers fest, daß Bonar Law die Franzosen nicht versteht und Frankreich nicht den englischen Minister. Das „Journal des Débats“ findet die Rede wenig beständig und fürchtet, daß Bonar Law die Politik Frankreichs nach den ehrlichen Aussagen einiger Zeitungsschreiber beeinflusst.

Ein neuer amerikanischer Protest gegen die Ruhrbesetzung.

Washington, 15. Februar.

Der Republikaner Voigt drohte im Repräsentantenhaus eine Entschließung ein, worin gegen die Beziehung des Kriegsgebietes protestiert und gesucht wird, daß Präsident Harding eine Weltwirtschaftskonferenz einberuft. Keiner weiß es in der Entschließung,

Frankreich möchte Maßnahmen treffen, um seine Kriegsgefangenen zu befreien.

Senator Voray hat im Senat eine Entschließung eingebracht, die sofort eintritt, doch welche als Mittel zur Regelung internationaler Streitigkeiten für ungewöhnlich erklärt werden sollen. Voray schlägt die Schaffung eines internationalen Gerichtshofes der Nationen vor, dessen Rechtshaber so verpflichtet würden, ihre eigenen Rechte und Kriegsgewinner zu verteidigen.

Konferenz belgischer und französischer Industrieller.

Paris, 15. Februar.

Wie der "Petit Parisien" mitteilt, wird eine Anzahl belgischer Industrieller heute in Paris erwartet, wo sie mit Vertretern der französischen Industrie über Fragen der Belebung des Ruhrgebietes verhandeln wollen. Burett erwartet die beiden Regierungen von dieser industriellen Konferenz, daß sie die verwickelte Frage vom lausannischen Geselpunkt aus einer Lösung unterliegen und praktische Lösungen vorzuschlagen, bei deren Ausarbeitung sie sich, wenn nötig, der bereits bestehenden französisch-belgischen Handelsorganisationen bedienen sollen.

Erschossen.

Köln, 14. Februar.

Der Lokomotivführer Franz Elgen vom Betriebwerk Juengerath wurde heute beim Überqueren des Bahndamms, zu dessen beiden Seiten er Eigentum hat, in der Nähe des Bahnhofs Juengerath von einem französischen Posten ohne erkennlichen Anlaß erschossen.

Der Automobilraub.

Gelsenkirchen, 14. Februar.

Der Straßenraub von Automobilen wird von den Franzosen jetzt ganz systematisch betrieben. Über die Straßen werden Seile gespannt, um die heranfahrenden Fahrzeuge aufzufangen, ferner versperren auch von den Franzosen aufgestellte Wagen den Automobilen den Weg. In Recklinghausen wurden gestern zehn und in Dörum 20 Autos auf diese Weise geplündert. In Gelsenkirchen bei Recklinghausen verlor ein Automobil, dem Straßenraub der Franzosen zu entgehen und flüchtete sich auf die Anlagen der Firma "Ewald". Sofort stürmten die Franzosen hinterher, belegten die Ausgänge der Firma, rissen die Tore auf, verhafteten den Betriebsleiter und nahmen das Automobil mit. Die Belegschaft der Firma trat hierauf in einen Proteststreik.

Französischer Stimmungsbericht.

Essen, 14. Februar.

In einem Brief eines französischen Offiziers, der in Essen stationiert ist und der an dessen Frau gerichtet war, heißt es u. a.: Es sei gar kein Gedanke daran, daß seine Frau nach Deutschland kommen könnte. Er und seine Kameraden seien sich sicherlich nach der Eifel zurück. Dort sei die Besiedlung doch ganz anders. Der passive Widerstand, der im Industriegebiet von Tag zu Tag zunimmt, werde geradezu unerträglich. Kein Mensch verlässt mit ihnen, keiner würde sie auch nur eines Blickes. Dazu läme die Sorge, was aus der ganzen Geschichte werden sollte. Große Sorge machen ihm auch die Manufakturen. Die Fächer locken sich,

aufzuhörerische Reden würden laut, es eigneten sich Fälle von Desertionen. Besonders viele Fälle, die zu einer längeren Abwesenheit eingesogen seien, würden und erschöpften, daß kein Gott sie halten könnte, doch sie nach Ablauf des Tages schnellstens wieder nach Frankreich zurückkehren würden. Die französischen Einwohner, die aus den friedlichen Verhältnissen herausgerissen seien, würden und ließen es auch an der nächsten Abstimmungssitzung lehnen. Auch die belgischen Soldaten seien unverlässig; man hätte fürchtlich zwei Regimenter auswechseln müssen.

Unerhütterlich in der Abwehr.

Eisen, 14. Februar.

Die Führerkonferenz des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (G. D. A.), von Rheinland und Westfalen, hat zu der durch die Besetzung des Ruhrgebietes geschaffenen Lage Stellung genommen und eine Entschließung gefasst, in der sie erneut ihren unerschütterlichen Willen zur Durchsetzung des Ruhrkampfes gegen den völkerrechtswidrigen Einbruch der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet ausdrückt. In der Entschließung heißt es weiter, die von den Besetzungsbehörden durch Angestellte u. a. betriebene Ausplätzung sowie die Maßnahmen gegen einzelne führende Personen, die lediglich in Ausübung ihrer Pflichten gehandelt hätten, könnten die Angestellten nicht abhalten, den ausgenommenen Ruhrkampf fortzuführen. Auch in Zukunft solle und müsse deutsches Recht haben. Die deutschen Angestellten könnten es ab, unter dem Druck der Bourgeoisie irgendwie leicht zu lassen. Von der Reichsregierung werde erwartet, daß sie alles für die Sicherung der Erfolg des Ruhrkampfes verdürgenden Ernährung tun, und daß sie das Kreislauf gewissenhaften Bürgerspulanter und den Präsidenten mit allen Mitteln unterstützen werde.

Le Trocquer in London.

Paris, 14. Februar.

Der Minister Le Trocquer, der heute nachmittag nach London abgereist ist, wird von dem Sozialisten des Eisenbauwerks im besetzten Gebiet, General Payot, und einer Anzahl hoher Beamter begleitet. Er will über die Benutzung der Verkehrswege im englischen Gebiet für Kohlentransporte verhandeln. Nach den Mitteilungen aus London ist wenig Aussicht vorhanden, daß die englische Regierung das Verlangen Frankreichs erfüllt. Die Erleichterung der Durchfahrt oder gar die Nähmung eines Teils der englischen Zone würde als eine Verleihung der Neutralität angesehen werden, die sich England bei der Ruhrexpedition zum Grundlag gemacht hat.

London, 14. Februar.

Die Haltung der britischen Regierung bezüglich des Transports von Kohle nach Frankreich durch die Röhre Zone ist unverändert. Das Kabinett ist der Ansicht, daß die anderen Bahnlinien für die Kohlen, die Frankreich aus dem Ruhrgebiet erhält, genügen.

Kemal Pascha über Lautsache.

Paris, 14. Februar.

Moskau Kemal Pascha hat bei seiner Ankunft in Smyrna gestern dem Sonderberichterstatter des "Tempo" in einem Interview erklärt, er habe

seitdem keine festgesetzten, daß die neue Türkei sich niemals mit der Aufrechterhaltung der Kapitulationsabkommen abfinden werde. Er sei daher von der Haltung der französischen Delegation in Douai am Überschlag gewesen, die in dieser Frage unangeführbar gewesen sei als alle anderen. Die Türkei wolle nicht wie ein Land wie China, aber als Kolonie betrachtet werden. Die Türken wollen kein Sklavenvolk sein.

Reichstag.

300. Sitzung vom 14. Februar.

Präsident Löde eröffnet die Sitzung mit einem Ratsch auf den am Dienstag abend vereinbarten Abgeordneten Vogtherr. Er hat von 1903 bis 1908, dann von 1912 bis 1918 und jetzt wieder seit 1920 angehört. Er gehört, so sagt der Präsident, zu den eifrigsten Mitgliedern des Hauses. Er hat auf kulturpolitischem und sozialpolitischen Gebiet mit Eifer für den Aufgaben ergeben, die er für seine Partei für wichtig erachtet hatte. Gestern abend noch wollte er im Hause; er hatte es frisch verlassen, und über Nacht hat der Tod ihn entzweit und arbeitsreiches Leben ausgedehnt. (Die Mitglieder hören den Ratsch beklagen.) Ich dankt Ihnen, daß Sie sich zu Ehren des Verstorbenen erhoben haben.

Rath Erledigung einiger kleiner Anfragen wird der erste Nachtrag erläutert, der die Mittel für die Neuordnung der Beamtenbefolzung fordert, ohne Leibrente dem Haushaltssatzung überwiesen zu wollen. Die Vorlage über die Änderung des Bosphorusgesetzes, das die Stammeinlage auf 1000 M. erhöht.

Entscheidung einiger kleiner Anfragen wird der zweite Nachtrag erläutert, der die Mittel für die Neuordnung der Beamtenbefolzung fordert, ohne Leibrente dem Haushaltssatzung überwiesen zu wollen. Die Vorlage über die Änderung des Bosphorusgesetzes, das die Stammeinlage auf 1000 M. erhöht.

Entscheidung einiger kleiner Anfragen wird der dritte Nachtrag erläutert, der die Mittel für die Neuordnung der Beamtenbefolzung fordert, ohne Leibrente dem Haushaltssatzung überwiesen zu wollen. Die Vorlage über die Änderung des Bosphorusgesetzes, das die Stammeinlage auf 1000 M. erhöht.

Entscheidung einiger kleiner Anfragen wird der vierte Nachtrag erläutert, der die Mittel für die Neuordnung der Beamtenbefolzung fordert, ohne Leibrente dem Haushaltssatzung überwiesen zu wollen. Die Vorlage über die Änderung des Bosphorusgesetzes, das die Stammeinlage auf 1000 M. erhöht.

Entscheidung einiger kleiner Anfragen wird der fünfte Nachtrag erläutert, der die Mittel für die Neuordnung der Beamtenbefolzung fordert, ohne Leibrente dem Haushaltssatzung überwiesen zu wollen. Die Vorlage über die Änderung des Bosphorusgesetzes, das die Stammeinlage auf 1000 M. erhöht.

Entscheidung einiger kleiner Anfragen wird der sechste Nachtrag erläutert, der die Mittel für die Neuordnung der Beamtenbefolzung fordert, ohne Leibrente dem Haushaltssatzung überwiesen zu wollen. Die Vorlage über die Änderung des Bosphorusgesetzes, das die Stammeinlage auf 1000 M. erhöht.

Entscheidung einiger kleiner Anfragen wird der siebte Nachtrag erläutert, der die Mittel für die Neuordnung der Beamtenbefolzung fordert, ohne Leibrente dem Haushaltssatzung überwiesen zu wollen. Die Vorlage über die Änderung des Bosphorusgesetzes, das die Stammeinlage auf 1000 M. erhöht.

Entscheidung einiger kleiner Anfragen wird der achte Nachtrag erläutert, der die Mittel für die Neuordnung der Beamtenbefolzung fordert, ohne Leibrente dem Haushaltssatzung überwiesen zu wollen. Die Vorlage über die Änderung des Bosphorusgesetzes, das die Stammeinlage auf 1000 M. erhöht.

Entscheidung einiger kleiner Anfragen wird der neunte Nachtrag erläutert, der die Mittel für die Neuordnung der Beamtenbefolzung fordert, ohne Leibrente dem Haushaltssatzung überwiesen zu wollen. Die Vorlage über die Änderung des Bosphorusgesetzes, das die Stammeinlage auf 1000 M. erhöht.

Entscheidung einiger kleiner Anfragen wird der zehnte Nachtrag erläutert, der die Mittel für die Neuordnung der Beamtenbefolzung fordert, ohne Leibrente dem Haushaltssatzung überwiesen zu wollen. Die Vorlage über die Änderung des Bosphorusgesetzes, das die Stammeinlage auf 1000 M. erhöht.

Entscheidung einiger kleiner Anfragen wird der elfte Nachtrag erläutert, der die Mittel für die Neuordnung der Beamtenbefolzung fordert, ohne Leibrente dem Haushaltssatzung überwiesen zu wollen. Die Vorlage über die Änderung des Bosphorusgesetzes, das die Stammeinlage auf 1000 M. erhöht.

Entscheidung einiger kleiner Anfragen wird der zwölften Nachtrag erläutert, der die Mittel für die Neuordnung der Beamtenbefolzung fordert, ohne Leibrente dem Haushaltssatzung überwiesen zu wollen. Die Vorlage über die Änderung des Bosphorusgesetzes, das die Stammeinlage auf 1000 M. erhöht.

Entscheidung einiger kleiner Anfragen wird der dreizehnten Nachtrag erläutert, der die Mittel für die Neuordnung der Beamtenbefolzung fordert, ohne Leibrente dem Haushaltssatzung überwiesen zu wollen. Die Vorlage über die Änderung des Bosphorusgesetzes, das die Stammeinlage auf 1000 M. erhöht.

Entscheidung einiger kleiner Anfragen wird der vierzehnten Nachtrag erläutert, der die Mittel für die Neuordnung der Beamtenbefolzung fordert, ohne Leibrente dem Haushaltssatzung überwiesen zu wollen. Die Vorlage über die Änderung des Bosphorusgesetzes, das die Stammeinlage auf 1000 M. erhöht.

Entscheidung einiger kleiner Anfragen wird der fünfzehnten Nachtrag erläutert, der die Mittel für die Neuordnung der Beamtenbefolzung fordert, ohne Leibrente dem Haushaltssatzung überwiesen zu wollen. Die Vorlage über die Änderung des Bosphorusgesetzes, das die Stammeinlage auf 1000 M. erhöht.

Entscheidung einiger kleiner Anfragen wird der sechzehnten Nachtrag erläutert, der die Mittel für die Neuordnung der Beamtenbefolzung fordert, ohne Leibrente dem Haushaltssatzung überwiesen zu wollen. Die Vorlage über die Änderung des Bosphorusgesetzes, das die Stammeinlage auf 1000 M. erhöht.

Entscheidung einiger kleiner Anfragen wird der siebzehnten Nachtrag erläutert, der die Mittel für die Neuordnung der Beamtenbefolzung fordert, ohne Leibrente dem Haushaltssatzung überwiesen zu wollen. Die Vorlage über die Änderung des Bosphorusgesetzes, das die Stammeinlage auf 1000 M. erhöht.

Entscheidung einiger kleiner Anfragen wird der achtzehnten Nachtrag erläutert, der die Mittel für die Neuordnung der Beamtenbefolzung fordert, ohne Leibrente dem Haushaltssatzung überwiesen zu wollen. Die Vorlage über die Änderung des Bosphorusgesetzes, das die Stammeinlage auf 1000 M. erhöht.

Entscheidung einiger kleiner Anfragen wird der neunzehnten Nachtrag erläutert, der die Mittel für die Neuordnung der Beamtenbefolzung fordert, ohne Leibrente dem Haushaltssatzung überwiesen zu wollen. Die Vorlage über die Änderung des Bosphorusgesetzes, das die Stammeinlage auf 1000 M. erhöht.

Entscheidung einiger kleiner Anfragen wird der zwanzigsten Nachtrag erläutert, der die Mittel für die Neuordnung der Beamtenbefolzung fordert, ohne Leibrente dem Haushaltssatzung überwiesen zu wollen. Die Vorlage über die Änderung des Bosphorusgesetzes, das die Stammeinlage auf 1000 M. erhöht.

Entscheidung einiger kleiner Anfragen wird der zwanzijsten Nachtrag erläutert, der die Mittel für die Neuordnung der Beamtenbefolzung fordert, ohne Leibrente dem Haushaltssatzung überwiesen zu wollen. Die Vorlage über die Änderung des Bosphorusgesetzes, das die Stammeinlage auf 1000 M. erhöht.

Entscheidung einiger kleiner Anfragen wird der zwanzijsten Nachtrag erläutert, der die Mittel für die Neuordnung der Beamtenbefolzung fordert, ohne Leibrente dem Haushaltssatzung überwiesen zu wollen. Die Vorlage über die Änderung des Bosphorusgesetzes, das die Stammeinlage auf 1000 M. erhöht.

Entscheidung einiger kleiner Anfragen wird der zwanzijsten Nachtrag erläutert, der die Mittel für die Neuordnung der Beamtenbefolzung fordert, ohne Leibrente dem Haushaltssatzung überwiesen zu wollen. Die Vorlage über die Änderung des Bosphorusgesetzes, das die Stammeinlage auf 1000 M. erhöht.

Entscheidung einiger kleiner Anfragen wird der zwanzijsten Nachtrag erläutert, der die Mittel für die Neuordnung der Beamtenbefolzung fordert, ohne Leibrente dem Haushaltssatzung überwiesen zu wollen. Die Vorlage über die Änderung des Bosphorusgesetzes, das die Stammeinlage auf 1000 M. erhöht.

Entscheidung einiger kleiner Anfragen wird der zwanzijsten Nachtrag erläutert, der die Mittel für die Neuordnung der Beamtenbefolzung fordert, ohne Leibrente dem Haushaltssatzung überwiesen zu wollen. Die Vorlage über die Änderung des Bosphorusgesetzes, das die Stammeinlage auf 1000 M. erhöht.

Entscheidung einiger kleiner Anfragen wird der zwanzijsten Nachtrag erläutert, der die Mittel für die Neuordnung der Beamtenbefolzung fordert, ohne Leibrente dem Haushaltssatzung überwiesen zu wollen. Die Vorlage über die Änderung des Bosphorusgesetzes, das die Stammeinlage auf 1000 M. erhöht.

Entscheidung einiger kleiner Anfragen wird der zwanzijsten Nachtrag erläutert, der die Mittel für die Neuordnung der Beamtenbefolzung fordert, ohne Leibrente dem Haushaltssatzung überwiesen zu wollen. Die Vorlage über die Änderung des Bosphorusgesetzes, das die Stammeinlage auf 1000 M. erhöht.

Entscheidung einiger kleiner Anfragen wird der zwanzijsten Nachtrag erläutert, der die Mittel für die Neuordnung der Beamtenbefolzung fordert, ohne Leibrente dem Haushaltssatzung überwiesen zu wollen. Die Vorlage über die Änderung des Bosphorusgesetzes, das die Stammeinlage auf 1000 M. erhöht.

Entscheidung einiger kleiner Anfragen wird der zwanzijsten Nachtrag erläutert, der die Mittel für die Neuordnung der Beamtenbefolzung fordert, ohne Leibrente dem Haushaltssatzung überwiesen zu wollen. Die Vorlage über die Änderung des Bosphorusgesetzes, das die Stammeinlage auf 1000 M. erhöht.

Entscheidung einiger kleiner Anfragen wird der zwanzijsten Nachtrag erläutert, der die Mittel für die Neuordnung der Beamtenbefolzung fordert, ohne Leibrente dem Haushaltssatzung überwiesen zu wollen. Die Vorlage über die Änderung des Bosphorusgesetzes, das die Stammeinlage auf 1000 M. erhöht.

Entscheidung einiger kleiner Anfragen wird der zwanzijsten Nachtrag erläutert, der die Mittel für die Neuordnung der Beamtenbefolzung fordert, ohne Leibrente dem Haushaltssatzung überwiesen zu wollen. Die Vorlage über die Änderung des Bosphorusgesetzes, das die Stammeinlage auf 1000 M. erhöht.

Entscheidung einiger kleiner Anfragen wird der zwanzijsten Nachtrag erläutert, der die Mittel für die Neuordnung der Beamtenbefolzung fordert, ohne Leibrente dem Haushaltssatzung überwiesen zu wollen. Die Vorlage über die Änderung des Bosphorusgesetzes, das die Stammeinlage auf 1000 M. erhöht.

Entscheidung einiger kleiner Anfragen wird der zwanzijsten Nachtrag erläutert, der die Mittel für die Neuordnung der Beamtenbefolzung fordert, ohne Leibrente dem Haushaltssatzung überwiesen zu wollen. Die Vorlage über die Änderung des Bosphorusgesetzes, das die Stammeinlage auf 1000 M. erhöht.

Entscheidung einiger kleiner Anfragen wird der zwanzijsten Nachtrag erläutert, der die Mittel für die Neuordnung der Beamtenbefolzung fordert, ohne Leibrente dem Haushaltssatzung überwiesen zu wollen. Die Vorlage über die Änderung des Bosphorusgesetzes, das die Stammeinlage auf 1000 M. erhöht.

Entscheidung einiger kleiner Anfragen wird der zwanzijsten Nachtrag erläutert, der die Mittel für die Neuordnung der Beamtenbefolzung fordert, ohne Leibrente dem Haushaltssatzung überwiesen zu wollen. Die Vorlage über die Änderung des Bosphorusgesetzes, das die Stammeinlage auf 1000 M. erhöht.

Entscheidung einiger kleiner Anfragen wird der zwanzijsten Nachtrag erläutert, der die Mittel für die Neuordnung der Beamtenbefolzung fordert, ohne Leibrente dem Haushaltssatzung überwiesen zu wollen. Die Vorlage über die Änderung des Bosphorusgesetzes, das die Stammeinlage auf 1000 M. erhöht.

Entscheidung einiger kleiner Anfragen wird der zwanzijsten Nachtrag erläutert, der die Mittel für die Neuordnung der Beamtenbefolzung fordert, ohne Leibrente dem Haushaltssatzung überwiesen zu wollen. Die Vorlage über die Änderung des Bosphorusgesetzes, das die Stammeinlage auf 1000 M. erhöht.

Gebundenschaftserwerben sich Wissen hängen, bilden und hart arbeiten.

Schichtische Studenten arbeiten nicht nur in den Gärten als Werkstudenten, sondern verdienen sich auch während des Semester als Schuhmacher, Buchbinder, an der Schreibmaschine, an der Hobelbank, in der Küche ihr lämmisches Gut. Wie müssen verhindern, dass diese sozial reich belasteten Schüler in die Hände von politischen und sozialen Charakteren fallen. Es ist kein Raum für die deutschen Hochschulreicher, das so viele Studenten des armeligen nationalsozialistischen Agitation erlegen konnten. (Lebhafte Zustimmung links.)

Man sollte ferner versuchen, die Jugend vor Büchern und zögerlichen Veranlassungen, vor Glücksspielen, vor Automatenhallen zu bewahren. Wenn das Reichsministerium aus diesem Gebiete geheimeische Hochschule zu machen hat, werden wir sie prüfen. Allerdings darf unter keinen Umständen wirkliche Künste getroffen werden. (Beifall.) Als das Projekt zum Schub der Republik verabschiedet wurde, befürchtete man bei den Reichsparteien hohe gegen nicht republikanisch gesinnte Beamte. Von solcher Höhe haben wir bisher nichts gehört. Nunmehr sind republikanische Beamte vielfach mehr bedroht als monarchistische. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wie wollen keine Belohnungsabschaffung, aber Abholung der Republik und ihren Symbolen. Wer die schwärz-trotz-goldene Farbe, die das alte Reichsymbol ist, die auf Banknoten gestaltet und die Reichsmeine unserer Freiheitskämpfer gestellt hat, bestimmt, ist ein Ewige und nicht wert, denkbarer Beamter zu sein. (Starke Zustimmung links.) Es ist keine Zeit für partikularistische Eigentumsrechte. Diejenigen, die vielen deutschen Beamten, Lehrern, Gelehrten, geistigen Arbeitern den deutschen Freistaat verehren, und die wahre Reichsfeinde. Wer jetzt mit Bewunderung von den proletarischen Kämpfern an der Macht spricht, der liegt damit zugleich ein Lobhull auf die deutsche Republik, die sich unlängst vorbereitet erwacht, die niemals verweichen werden, wie der Kampf auch ausgehen wird. Meinen Sie (noch rechts), dieser Kampf sei möglich in einem Staat mit dem Dreiklassenwahlrecht, in Gemeinden, in Kreisen, wo eine vollzählig Bureaucratie die Räume von der Verwaltung ferngehalten hat wie früher? Nur weil die Männer das Bewusstsein haben, ein wichtiger Teil dieses Staates zu sein, führen sie den Kampf. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Männer verlangen dafür keinen Dank und keine Belohnung, aber es ist klar, dass ihr Einfluss in der Politik, in der Wirtschaft, in der Verwaltung Deutschlands sehr stark ist, wie es den Retttern des Reiches gebührt.

Im besten soll der gemeinsame Soh aus der Verfassungsunterschrift von Weimar bestehen: "Die Staatsgewalt geht vom Volke aus." Zum deutschen Volke, nicht von den Generälen Frankreichs. Das Wort "so" sollen lassen hören! Dieses Wort gilt nicht nur für den französischen Nationalismus, sondern auch für alle diejenigen in Deutschland, die dem Volk die Staatsgewalt wieder entziehen möchten. (Lebhafte Zustimmung.) Wir fordern, dass das Reichsministerium in sozialen und demokratischen Geiste geführt wird. Die Gefahr für das Reich ist groß, aber wir trauen dem Völkerbundem. Wo die Gefahr groß ist, die Rettung wird.

Wir stehen nicht am Grabe der deutschen Nation. Das Reich mag vorübergehend erschüttert werden, unbedingtlich ist der Ausdauernde Willen der ganzen deutschen Jugend, die am deutschen Boden leben und von deutscher Kultur geprägt werden will. (Lebhafte Beifall.) Dieser soziale und demokratische Willen wird alle Verteidiger besiegen. Gerade wie Sozialdemokraten müssen eine gewisse Stärkung des Nationalstaates wünschen, weil in einem national geprägten Staat der Klassenkampf geschwächt und an einer rein sozialen und zweckmäßigen Ausbildung gehindert wird. Die innere Politik der deutschen Republik soll der Stärkung aller wirtschaftlich und kulturell aufbauenden und dem republik-

ischen Staate dienenden Elemente dienen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr. (Weiterberatung.) Schluss 6 Uhr.

Der Haushaltshaushalt

beendete gestern die Verhandlungen über den Haushalt. Sozialistische und kommunistische Abgeordnete sprachen sich gegen die im Staat ausgesetzten Mittel in Höhe von etwa 500 Mill. R. für den vierten Teilbetrag zum Bau eines kleinen Kreuzers aus. Nur diesen Betrag sollten neue Wohnungen gebaut werden.

Abg. Brüningshaus (D. Sp.) misst darauf hin, dass durch die Ablösung des Mittels, da es sich um im Bau befindliches Schiff handle, die schon geschossene Wette vernichtet würden. Die beauftragte Streichung des Kreuzers wurde, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten, abgelehnt. Der Aufschwung wandte sich hieraus dem Haushaltssatz des Auswärtigen Amtes zu. Abg. Dr. Höchst (D. o. Sp.) bemängelte als Berichtshalter die außerordentlich hohe Zahl der Aktionärs-Bemühungen wie Bormann am Personal wurden sich im Auslandsdienst nur dann erzielen lassen, wenn die Zahl der Auslandsmissionen stark zu erhöhen schaute würde. Im Verhältnis zu unserer finanziellen und zu unserer politischen Stellung sei das Ergebnis unserer auswärtigen Vertretungen zu groß geworden. Abg. Dr. Pachnide (Dem.) berührte als Mitberichtshalter die Rente, in der sich der tschecho-slowakische Minister befreit zum Richter über Deutschland aufgeworfen habe und die eine Zurückweisung verdiene. Nachdem Abg. v. Schreiber (Cent.) betonte, dass es notwendig sei, die Stellung des Staatssekretärs zu stärken, erklärte Reichsminister des Auswärtigen Dr. v. Rosenberg, die Zahl der Auslandsvertretungen müsse eingefügt werden, aber man werde bei diesem Abbau von Fall zu Fall mit der größten Sorgfalt vorgehen. Im Prinzip wehre er sich nicht gegen die Aufnahme von Außenleuten in das Auswärtige Amt. Abg. Dr. Schäffler (Dem.) beantragte die Schaffung eines besonderen Referats im Auswärtigen Amt zur Bearbeitung der Angelegenheiten des Völkerbundes. Abg. Dr. v. Rheinbaben betonte die Wichtigkeit der Stellung des politischen Staatssekretärs, der die Stärkung der politischen Arbeit verbürgte. Im übrigen sei seine Meinung zusammenfassend, dass das Auswärtige Amt bei weitem nicht so schlecht sei, wie es oft in der Öffentlichkeit gemacht werde, aber es sei noch nicht ganz so gut, wie es sein könnte.

Im Steueranschlag

wurden die Maßnahmen bezüglich des Bankgeheimnis beprochen. Abg. Herz wies darauf hin, dass jede Einschränkung der Kontrolle durch die Finanzämter heute besonders bedeutsam ist und geradezu zur Steuerhinterziehung anregen müsse. Die Steuerbehörden müssen Eleganz haben, in jedem Angriff einzutreten. Die Einwendung, dass die Aushebung des Bankgeheimnisses den Steuerbehörden keinen Erfolg gebracht habe, werde durch die Bekämpfung der Vorlage durch die Regierung selbst widerlegt, in der die Wiedererrichtung des Bankgeheimnisses als nicht unbedeutend bezeichnet wird. Der Sturmablauf gegen den bisherigen Zustand habe keine Wirkung darin, dass die Bekanntmachung zur Vermögenssteuer und zur Einkommensteuer bewirkt. Deutlich wolle man aus gesetzlichem Wege die Steuerhinterziehung kontrollieren. Die Sozialdemokraten müssen mit aller Entschiedenheit die Vorlage der Regierung ablehnen, noch vielmehr den von Reichswirtschaftsrat eingenommenen Standpunkt. Sie verlangen die Auslegung der Steuerbeschlüsse, auf der dem ehrlichen Steuerzahler kein Recht entsteht.

Die Redner der bürgerlichen Parteien waren übereinstimmend der Meinung, dass die Aushebung des Bankgeheimnisses unzulässig sei und erläuterten ihre Zustimmung zur Regierungsvorlage, durch die das Recht der Kontrolle der Bankdepots teil-

weise preisgegeben wird. Bezeichnend war die Äußerung des Abgeordneten Helfferich, der erklärte, dass bei der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes, die Beamten eben anderweitig verdeckt und dem Zugriff der Steuerbehörde entzogen würden.

In der Abstimmung wurde, gegen die Stimmen der Linken, der § 189 der Reichsbudgetordnung geändert. Der sozialdemokratische Antrag auf öffentliche Auslegung der Steuerlisten verlor die Abstimmung.

Nach den vom Steuerausschuss gefassten Beschlüssen gehen die Verhandlungen über den Haushalt. Sozialistische und kommunistische Abgeordnete sprachen sich gegen die im Staat ausgesetzten Mittel in Höhe von etwa 500 Mill. R. für den vierten Teilbetrag zum Bau eines kleinen Kreuzers aus. Nur diesen Betrag sollten neue Wohnungen gebaut werden.

Abg. Brüningshaus (D. Sp.) misst darauf hin,

Bei Monatseinkommen:

Für den Mann 800 R.

* die Ehefrau 800 *

* jedes Kind 400 *

Werbungskosten 4000

Bei wöchentlicher Wohnungszahlung:

Für den Mann 122 R.

* die Ehefrau 122 *

* jedes Kind 960 *

Werbungskosten 960

Die Rezession hat bei einem Arbeiter, der verheiratet ist, zwei Kinder und ein wöchentliches Einkommen von 50 000 R. hat folgende Wirtung:

Wochenlohn . . . R. 50 000.—

10 Proz. Elterne . . . 5 000.—

Von der Steuer kommen in Zahl . . . 3 264.—

Es sind also je zehn R. 1736.— an Einnahmen.

Dies bedeutet, gegenüber der bisherigen Steuerleistung aus dem gleichen Einkommen (1884 R.), eine Erleichterung um mehr als 2000 R. Die vom Steuerausschuss beschlossene Aussetzung des § 46 des Einkommensvergleichs macht den Versuch, die Steuerabzüge der Gehaltsentwertung wenigstens eingemessen anzupassen und das Steuerunrecht bei den Lohn- und Gehaltsempfängern abzumildern. Es ist zu hoffen, dass der Reichsrat den Beschlüssen des Steuerausschusses zustimmt.

Die französische Regierung über den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte.

Paris, 14. Februar.

Der Vorstand der französischen Schiffseeder veröffentlicht einen Auszug des Berichts der Regierung, der die Interessen der Bevölkerung Frankreichs für die Ausgabe der Handelsmarine weden soll. Die folgenden Sätze über den Ausbau der deutschen Handelsflotte schließen nach dem Kriege und besagen es demerkundwert:

"Als der Friede geschlossen war, befand sich Deutschland in einer unfahrbaren Lage: es hatte keine Handelsflotte mehr, und ohne eine solche Flotte konnte es niemals mehr die alte Bedeutung wieder erlangen. Die deutschen Reedereien erkannten, dass die Regierung des Vorlaufs durch die Regierung selbst widerlegt, in der die Wiedererrichtung des Bankgeheimnisses als nicht unbedeutend bezeichnet wird. Der Sturmablauf gegen den bisherigen Zustand habe keine Wirkung darin, dass die Bekanntmachung zur Vermögenssteuer und zur Einkommensteuer bewirkt. Deutlich wolle man aus gesetzlichem Wege die Steuerhinterziehung kontrollieren. Die Sozialdemokraten müssen mit aller Entschiedenheit die Vorlage der Regierung ablehnen, noch vielmehr den von Reichswirtschaftsrat eingenommenen Standpunkt. Sie verlangen die Auslegung der Steuerbeschlüsse, auf der dem ehrlichen Steuerzahler kein Recht entsteht.

"Als der Friede geschlossen war, befand sich Deutschland in einer unfahrbaren Lage: es hatte keine Handelsflotte mehr, und ohne eine solche Flotte konnte es niemals mehr die alte Bedeutung wieder erlangen. Die deutschen Reedereien erkannten, dass die Regierung des Vorlaufs durch die Regierung selbst widerlegt, in der die Wiedererrichtung des Bankgeheimnisses als nicht unbedeutend bezeichnet wird. Der Sturmablauf gegen den bisherigen Zustand habe keine Wirkung darin, dass die Bekanntmachung zur Vermögenssteuer und zur Einkommensteuer bewirkt. Deutlich wolle man aus gesetzlichem Wege die Steuerhinterziehung kontrollieren. Die Sozialdemokraten müssen mit aller Entschiedenheit die Vorlage der Regierung ablehnen, noch vielmehr den von Reichswirtschaftsrat eingenommenen Standpunkt. Sie verlangen die Auslegung der Steuerbeschlüsse, auf der dem ehrlichen Steuerzahler kein Recht entsteht.

Am 15. Februar d. J. ob d. fragt das Eintrittsamt für das Stadtmuseum Neues Rathaus, Ringstraße 19 und für das Körnermuseum am Dienstag, 1. Februar, 1923, an allen Wochentagen je 300 R. An Sonn- und Feiertagen (Öffnungszeit von 11—1 Uhr vorm.) ist der Eintritt frei.

Als Besucher, die sich durch einen amtlichen Dokumentenweiss als Dresdner Einwohner oder Reichsdeutsche, oder Deutsches österreichischer Auswanderer, haben nur ein Gehalt der angegebenen Eintrittspreise zu entrichten. Als gebürgender Ausweis ist außerdem ein Reisepass, jeder von einem Behörde ausgestellte Ausweis mit amtlich beglaubigtem Siegelbild ebenso wie der mit einem jüdischen verschoben Einwohnerausweis, oder amtliche Theaterausweise anzusehen. Schulen unter besonderer Förderung des Reiches haben an Wochentagen freien Eintritt. Einzelne Schüler haben 5 R. Vereinen kann auf den jüngsten Antrag bei geschlossenem Besuch (mindestens 15 Personen) Einräumung gewährt werden.

Das Schillingmuseum bleibt bis auf weiteres geschlossen. Auf besonderen Antrag finden Ausstellungen statt.

Wissenschaftliche Nachrichten. Die Sachsische Akademie der Wissenschaften ernannte zum Mitglied der philologisch-historischen Klasse Prof. Ferdinand Sommer in Jena, eine im In- und Auslande gleichermassen anerkannte Forschergruppe auf dem Gebiete der griechischen und lateinischen Grammatik, dessen wissenschaftliche Untersuchungen und Ergebnisse die Anerkennung jüdischer Hochgenossen gefunden haben.

Literarische Chronik. Ferdinand Arenarius hat die Herausgabe des "Kunstwart" nach dreißiger Arbeit niedergelegt. Sein Nachfolger wird Wolfgang Schumann, der, wie Arenarius sagt, mit dem "Kunstwart" zusammen auf- und zusammengen in ihm hingeworfen ist. Arenarius selbst bleibt Herausgeber des "Kunstwart"-Unternehmungen.

Theaternachrichten. Sachsische Staatstheater Opernhaus. Sonnabend, am 12. Februar; "Tannhäuser" mit Emil Gadelein vom Stadttheater in Hamburg in der Titelrolle als Gott und Elisa Stünzner als Elisabeth. Anfang 1½ Uhr.

Schauspielhaus. Friedrich Lindner ist von Beginn der nächsten Spielzeit ab auf weitere fünf Jahre für das Schauspielhaus verpflichtet worden. Sonntag, den 18. Februar findet die letzte öffentliche Aufführung des Stückes "Der Puppenhäusler" von Hanna Scholz statt. Anfang 1½ Uhr.

Reinstädter Schauspielhaus. Sonntag: "Peer Gynt". Von dem Schauspieler und Regisseur dieser Aufführung und der am Nachmittag 3 Uhr aufzuhenden Aufführung des Schauspiels "Die späneische Fliege" wird ein Teil der Aufführung zur Verfügung gestellt werden.

Residenztheater. Das Weihnachtsstück "Der Edelweißknödel" ob Sonntag, den 18. Februar, bis auf weiteres nur jeden Sonntag 1½ Uhr zu kleinen Preisen. Die Mittwoch- und Sonnabendaufführungen fallen nunmehr aus. Jeden Abend 1½ Uhr: "Die Döllarprinzessin" vor Leo Fall.

Politikerin ist, sondern aus einem Gefühl der Pflicht heraus, wie sie sie empfand. Sie schreibt: "Ich habe manchmal das Gefühl, ich bin kein richtiger Mensch, sondern irgend ein Vogel oder ein anderes Tier in menschengestalt; innerlich fühle ich mich in so einem städtischen Garten wie hier oder im Feld unter Himmel und Boden viel mehr in meiner Heimat als auf einem Parkeplatz. Ihnen kann ich es ja wohl sagen: Sie werden nicht gleich Verrat am Sozialismus wissen, ich werde trocken hoffentlich ans dem Pfeifenstiel oder im Zuschauerraum. Aber mein Interesse ist nicht mehr meinen Nöthwissen als den Geschossen".

Die Briefschreiberin ist eine Dichterin. Nicht nur in wunderbaren Schilderungen des Abendhimmls, eines Gewitters, sondern vor allem in einem Lied vom Leben, zu dem sich ein Weis gestaltet: "Du liege ich will allein, gewickelt in diese wunderschwarzen Tücher der Finsternis, Langeweile, Unfreiheit des Winters — und dabei klopft mein Herz von einer unbegrenzten, unablässigen inneren Freude, wie wenn ich in strohbedecktem Sonnenhain über eine blühende Rose gehne würde. Und ich lächle im Dunkeln dem Leben, wie wenn ich irgend ein zauberhaftes Geheimnis wüsste, das alles Höhe und Tiefe, Lügen und Wahrheit in einer wundervollen Schilderung des Abendhimmls, eines Gewitters, und in lauter Heiligkeit und Glück wendet... Ich glaube, das Geheimnis ist nichts anderes, als das Leben selbst, die diese nächtliche Finsternis ist so schön und weiß wie Samt, wenn man nur richtig schaut. Und in dem Kirschenzweig unter den langsam, schweren Schritten des Abendhimmls singt auch ein kleines schönes Lied vom Leben — wenn man nur richtig zu hören weiß." Diese Stimmung wünscht sie auf die Freunde zu übertragen, damit sie immer und in allen Lagen das Schöne und Freudige des Lebens wahrnehmen, damit auch sie im Rausch leben und wie über eine bunte Blüte gehen kann. Einiges von dieser Stimmung, von dieser inneren Heiterkeit, lädt und lädt.

Gründung einer deutschen wissenschaftlichen Zeitschrift in Japan. Wie der "United Telegraph" berichtet, ist auf Anregung von japanischer Seite

und Geschäftsbürozeichen aus neu in Gang zu bringen, das ihm der Vertrag von Versailles nicht entsprechen könnte. Das war der Anfang. Esche undredet noch, wie es nicht anders sein könnte, aber doch ein Anfang. Nun beginnt Deutschland unverzüglich mit den Wiederbeschaffung seiner Handelsflotte durch Kaufkäufe und Wettbewerbe und Wänderungen alter Schiffen: alle Mittel werden zur gleichen Zeit angenommen mit dem Erfolg, dass Deutschland, zwei Jahre nach der Ablieferung alter von der Entente verlangten Schiffe, eine neue Handelsflotte besitzt, deren Tonnenzahl auf 1½ Millionen berechnet wird. Von der ersten Stunde an hatten Staat und Volk begonnen, woran es entgangen ist. Die Schiffe nahmen, eine nach der anderen, ihre Tätigkeit wieder auf: ihrer breitete sich aus, was sie über die Erde, das vor dem Kriege die ganze Welt umspannte. Deutsche Reeder schaute an internationalen Kongressen teil. Im dritten Jahre nach dem Waffenstillstand finden wir Deutschland auf allen Meeren, die einst seine Schiffe gesunken waren, und es ist auf diesem Gebiete seiner Entwicklung bereits wieder mächtig und gefährlich geworden."

Die Streilage im Saargebiet.

Saarbrücken, 14. Februar.

Die Streilage ist unverändert. Es mehren sich jedoch die Fälle von Selbstmordungen der Arbeitnehmer durch französische Soldaten. Streitposten wurden vom Militär aneinandergetrieben, andere vom Militärpatrouillen nach Waffen durchsucht. Streitende wurden von den französischen Soldaten mit angeschlagtem Gewehr bewaffnet, wenn sie ihre Personalkarten abgaben mussten. Spieler machten sich überall bemerkbar und versuchten, die Namen der jeweiligen Vergleiche kennenzulernen, die sich im Streitbüroren befinden. Die Streitenden sind entschlossen, durchzuhalten, und wenn der Streit noch Monate dauern sollte.

Aus Straßburg wird der Streitleitung gemeldet, dass die dortigen Wohnhäuser, in denen vor Monaten, ja vor Wochen noch gewaltige Kohlemengen aufgestapelt waren, vollständig zerstört seien.

Kleine Auslandsnachrichten.

* Die Verhandlungen zur Errichtung eines vorläufigen Kreises von 3 Mill. R. d. St. für Österreich sind jetzt abgeschlossen worden. In England gelangten, unter Mitwirkung des Bank of England, 1.800.000 R. d. zur Disposition, in Frankreich 800.000 R. d., in Belgien 400.000 R. d., in Holland 150.000 R. d. Die noch verbleibenden Beträge werden unter die Schweiz und die handelsmäßigen Staaten aufgeteilt. Im Mai soll die große Anteile zur Emision gelangen. An dieser Beteiligung sind auch amerikanische Finanzkreise beteiligt.

* In Wien fanden gestern abend drei Halbtagsversammlungen statt. Eine von ihnen wurde von Sozialdemokraten geprägt. Es kam zu Zusammenstößen, wobei an beiden Seiten 14 Personen verwundet wurden. Die Sozialisten hielten dann, an Stelle der Halbtagsversammlung, die Versammlung ab.

* Der diplomatische Berichtsherr der Agentur Havas teilt mit, dass die Botschaftskonferenz in ihrer Montagsitzung eine die Memelner Frage betreffende Entscheidung getroffen hat. Die Botschaftskonferenz hat der Regierung in

Kowno mitgeteilt, daß sie die Absicht habe, den Hafen von Memel unter die Souveränität von Litauen zu stellen unter der Bedingung, daß die litauische Regierung sich verpflichte, gewisse Bedingungen zu unterschreiben, die sich insbesondere auf die Schifffahrt, Erziehungen im Durchgangsverkehr mit den Nachbarstaaten um beziehen.

* Aus Paris wird mitgeteilt: Offiziell wird bestätigt, daß die Regierung das möglichst eine Umgestaltung des Ministeriums ins Auge gesetzt habe. — Paris, 15. Februar.

Der Nationalrat der Bergarbeiterverbände C.G.T. hat sich dem Aufruf der kommunistischen Bergarbeiter, die den Ausstand für Freitag vormittag verhängt haben, nicht angeschlossen, sondern dem Arbeitsminister die Forderungen der ihm angehörenden Bergarbeiter unterstellt und alle Bergarbeiter aufgefordert, das Ergebnis dieser Verhandlungen abzuwarten.

Dresden.

Gesamtratssitzung.

Hinsichtlich der bevorstehenden Erhöhung des Ausgleichszuschlags, des östlichen Förderzuschlags und der Überbauungsbefreiung für die städtischen Beamten, Taxisfahrerinnen und Gehilfen an den höheren Unterrichtsanstalten sollen die gleichen Maßnahmen getroffen werden, wie sie der sächsische Staat für die Staatsbeamten treffen wird. — Für den Einbau eines Studentenheimes in ein Maschinengebäude der Technischen Hochschule wird der aus der Städtegemeinde entfallende Kostenmeubetrag von 1.750.000 M. nachbestätigt. — Für die Kinderbetreuung im Jahre 1923 sollen 88 Mill. M. in den Haushaltplan eingestellt werden.

Mietzinsnachzahlung am 1. März in Höhe der Januarrate.

Der Rat zu Dresden, Ordnungsrat, teilt aus mit: Unter dem Eindruck der Belebung des Industriebezirks hat die Steigerung der Löhne und Haushalte seit der letzten Feststellung der Rente (Dezember 1922) einen ungeahnten Umsatz angenommen. Während damals für Betriebslosen in Kleinwohnungen im Durchschnitt jährlich die 25fache Grundmiete ausreichte, machen nach den neuzeitlichen Berechnungen des Ordnungsratesnamens die Betriebslosen in solchen Wohnungen das 120fache der Grundmiete aus, also rund viermal soviel. Während weiter bemüht für laufende Zustandserhaltungsarbeiten im Durchschnitt jährlich die 85fache Grundmiete als erforderlich erreicht, also etwa dreimal soviel. Betriebslosen und laufende Zustandserhaltungsarbeiten machen also zusammen jährlich das 205fache der Grundmiete aus, während für den 1. Januar d. J. die gesamte Rente nur um das 35fache bezahlt werden soll. Bei dieser Sache ist, um die Bezahlung der Betriebslosen zu ermöglichen und um den weiteren Bruch der Häuser zu verhindern, eine Nachzahlung der Mieter für das erste Quartal 1923 unvermeidlich. Entsprechende Bestimmungen sind in Vorbereitung. Vergleichend werden die Mieter am 1. März d. J. einen Betrag in Höhe von etwa 9 Grundmieten nachzuzahlen haben. Da die Zahlung am 1. Januar 8½ (in neueren Häusern 7½) Grundmieten betrug, wird die für 1. März in Aussicht stehende Nachzahlung etwas mehr als die am 1. Januar gezahlte Vierteljahrsrente ausmachen. Das bedeutet eine Verdopplung der bisherigen Vierteljahrsrente.

Eine Straßenbahnsfahrt 250 M.

Der Verwaltungsausschuß der Dresdner Straßenbahn hat in seiner gestrigen Sitzung die Erhöhung des Straßenbahntarifs auf 250 Mark beschlossen.

Zur Berufswahl.

In der Technischen Hochschule hielt Prof. Dr. Ingenieur Sachsenberg in einer Mitgliederversammlung des Verbandes Sächsischer Industrieller einen Vortrag, in dem er zunächst darlegte, wie die Psychotechnik als Ausübung der praktischen Experimentallpsychologie mit der Technik als solcher im Zusammenhang steht und auf welche Weise die Technik Nutzen aus dieser neuen Wissenschaft ziehen könne. Es lagen hier drei Möglichkeiten vor: 1. Auswahl der für bestimmte Berufe am besten geeigneten Menschen bei der Ausbildung, wofür ferner Ausbildung von Kriteriumsmethoden aufgehoben zu Werke und Auswahl umzuschlender und neueinzustellender Kräfte. 2. Ausbildung der Werkzeuge und Maschinen gemäß dem Gesetz des geringsten seelischen und körperlichen Widerstandes. 3. Verbesserung der Arbeitsergebnisse durch Ausbildung derjenigen Arbeitsteige und desjenigen Arbeitseiferthums, der der betreffenden Arbeitergruppe am besten liegt, wodurch wesentlich geringere Gemüldungen trotz Mehrleistungen zu erzielen seien. Der Vortragende erklärte dann an Hand der Apparate, wie die einzelnen Eigenschaften am besten gefunden und klassifiziert werden können. — Das psychotechnische Institut der Hochschule verdient die weitreichende Unterstützung der industriellen Kreise.

Der Bund der Freunde taubstummer Kinder

hielt kürzlich seine Jahres-Hauptversammlung ab, die einen Rückblick auf das abgelaufene erste Vereinsjahr bot. Im Mittelpunkt der Arbeit stand die Gründung eines Landheims für taubstumme Kinder in Harcha bei Tharandt, das am 1. Mai eröffnet wurde und im Laufe des

Sommers nacheinander neun Klassen mit ihren Lehrern auf 8 bis 14 Tage aufnahm, aber nicht im Sinne einer Ferienkolonie, sondern während der Schulzeit als eine, wenn auch nur kurzfristige, Umformung der Schularbeit zur Lebensschule. Es handelt sich hier um einen Versuch auf dem Gebiete der Erziehung, der das Interesse weiterer als nur der Fachleute verdient. Es wurde ermöglicht, indem der Bund der Freunde aus seinen zuweilen den privaten Wohlthätigkeit entstammenden Mitteln die Räume mietete, die nötigen Einrichtungsgegenstände beschaffte und einen nahmhaften Aufwand für den Anfangskosten ausgezahlten Durchflusßverpflegungssachen hinzutrug, um den Kindern eine bessere Versorgung zu bieten, als sie in der Realität möglich ist.

Die Plünderungen bei Rennert.

Bei dem Schwurgericht hatten sich am Mittwoch sechs Angeklagte zu verantworten, die im Ende vorigen Jahres an den Plünderungen im Modehaus Rennert beteiligt hatten. Erstgeprochen wurde der 36 Jahre alte Schlosser Richard Paul Schäfer. Von den übrigen Angeklagten wurden wegen Landfriedensbruchs und Plünderung der 20 Jahre alte Schuhmacher Kurt Willi Bottigk zu 10 Monaten und der 22 Jahre alte Kellner Bruno Hermann Werner Peißche zu 1 Jahr, wegen Landfriedensbruchs und Diebstahl der 24 Jahre alte Schlosser Friedrich Karl Bäger zu 9 Monaten, der 22 Jahre alte Schlosser Christoph Hellmut Arthur Warzelhan zu 8 Monaten und der 20 Jahre alte Siegelarbeiter Martin Reinhold Drilling zu 11 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Geschworenen erachteten in allen Fällen, in denen die Schuhfabrik befreit wurden, mildernde Umstände für vorliegend. Die Untersuchungshaft kommt in Betracht.

Rößold freigesprochen.

Am vierten Verhandlungstage im Rößold-Prozeß wurde die Beweisaufnahme fortgesetzt. Während der ganzen Lauf der Vernehmungen war die Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Sicherheit ausgeschlossen. Am Vor Mittag erging dann Staatsanwalt Dr. Büding das Wort zur Anklagerede. Er führte einleitend aus, das Verbrechen der Raubmorde an der Schwiegermutter sei nicht zur Ausführung gekommen, sondern es handle sich um ein Vergehen nach § 19a des Reichsstrafgesetzes (Anstrengung anderer zur Begehung von Verbrechen unter Gewährung von Vorzeichen). Dieser Paragraph sei nachdrücklich dem Strafgesetzbuch eingefügt worden entweder eines Angebots, dem Fürsten Bismarck zu erneuern. In langen Ausführungen führte der Anklageverteater den Nachweis zu führen, daß die Schuld Rößold in vollem Umfang als erwiesen anzusehen sei. Objektiv sei die Schuld voll erwiesen, der Angeklagte bestreite diese in subjektiver Richtung. Alle Beweisdokumente bringt seien hinlänglich. Die Schuld gelte als voll erwiesen, die im § 19a angedrohte Strafe ist auszuwirken, die einen Spielraum von drei Monaten bis fünf Jahren Gefängnis gewährt.

In vielseitigen Ausführungen traten heraus die beiden Verteidiger, die Reichsdienstälte Dr. Reimann & Co. in Dresden und Kästner & Berlin für die Freisprechung des Angeklagten ein. Die Hauptbelastung gegen Rößold und Heusel schieden als glaubwürdige Menschen aus, es handle sich hier um einen Kriminallaf, der unbegreiflich und ganz unglaublich sei. Die wirklichen Beschuldigten Rößold und Heusel, diese treiben im Blutrausche Spielerien bis zur Grenze des Furchtbaren. Heusel habe sich erobert, ins Ausland zu verschwinden, damit Rößold nicht verurteilt werden könnte, er würde dann sicherlich älter halten. Er wieder aufgetaucht und immer erneute Mittel abgedreht haben. Der Angeklagte sei das Opfer einer auf dem Berliner Schlamm geborenen Verbrecherbande geworden. Rößold sei in schwierige Gesellschaft geraten, das stehe fest und lasse sich nicht aus der Welt schaffen, er sei dabei in die kleinen gemeingefährlichen Ereignisse geraten.

Das Urteil vor 6 Uhr abends verhandelte Urteil lautete auf Freisprechung des Angeklagten.

* Wiedereröffnung des Zentralbades in Striesen.

Um das einzige im Osten der Stadt vorhandene Schwimmbad, das Zentralbad, Wittenberger Str. 3, wieder in Betrieb zu setzen, hat der Rat beschlossen, dem Besitzer versuchsweise und zunächst auf 3 Monate, einen erheblichen Betriebszuschuß zu gewähren. Dafür ist das Bad heute wieder erschlossen worden und es werden an den Mittwochabenden Volksbadeabende zu halben Eintrittspreisen eingerichtet. Wenn die Stadt noch ihre bedrängende finanzielle Lage damit ein großes Opfer bringt, so wird erwartet, daß das Bad sofort befürchtet wird, daß die Aufrechterhaltung des Betriebes und die Befüllung gewährleistet bleibt.

* Für die notleidenden Kinder. An dem von den Grenzländern der Tschechoslowakei eingesetzten Hilfspunkt für die notleidenden Kinder beteiligen sich immer weitere Kreise. Der Bürgermeister von Leitmeritz hat der Stadt Dresden für die Kinderhilfe 5000 Kronen zur Verfügung gestellt. Außerdem sollen 40 Dresdner Kinder zwischen 6 und 14 Jahren in Pflege wohlhabender Familien übernommen werden. In Leitmeritz hat sich die Opferwilligkeit der Feuerwehr bewiesen, die Feuerwehr in Bartsch, einer kleinen Gemeinde bei Aussig, gezeigt. Die Feuerwehr hat 100.000 M. für notleidende Dresden Kinder aufgeworfen und die Summe durch ihren höheren Kommandanten, der im Kriege erblindet ist, Oberbürgermeister Blüher persönlich überreichen lassen.

* Bibliothekar. Der Dichter-Komponist Gustav Bertram hat ein neues Stück herausgebracht, eine Poësie mit Gesang und Tanz in drei Akten „Das Nördl vom Cabaret“. Man darf sagen, mit recht gutem Erfolg. Doch er seine Sachen in der Haupthalle für sich selbst schreibt, darf nicht wundernehmen. Auch in dem

vorliegenden Werkchen konzentriert sich das Hauptinteresse auf den Rentier Lehmann — kein Moier, den Bertram mit seiner großen Komik ausgiebig ausstattet. Margot Peter bringt eine tolle Stimmung auf die Bühne. Darstellerisch bemerkenswert ist Hugo Kubitsch, der den Baldwin Bellmann aus Merano sehr gut charakterisiert. Schauspielerisch eine gute Leistung. Das Publikum unterhielt sich recht angenehm bei dem tollen Spül, der auf der Bühne vor sich geht, und spendete lebhafte Beifall.

* Prüfung von Haushaltungsberaternen. Von 7. bis mit 10. Februar wurden im Seminar für Haushaltungs- und Kochkunst zu Dresden-Gruna 15 Bewerberinnen geprüft und für bestanden erklärt. Von den Prüflingen erhielten 7 I. Kl., 4 II. Kl. und 1 III.

* Damen-Zentral-Betriebe „Gabelsberger“. In der Monatsversammlung am 10. Februar hielt Regierungsrat Brause vom Stenographischen Landeskant einen Vortrag über seine Reihe als Stenograph nach Moskau. An Hand von Bildern gab er eine lebendige Darstellung der Stadt mit ihren wichtigen historischen Bauten in all ihrer prunkvollen Ausstattung. Seine Erzählungen über das Leben und Treiben in den Straßen Moskaus, über den beginnenden wirtschaftlichen Wiederaufbau Russlands, wie auch über den großen Roten Armee werden lebhaftes Interesse. Besonders erfreut war man über die Mitteilung, daß in Moskau eine Übertragung des Gabelsbergerischen Systems nach Russland marschiert.

* 60 Jahre in derselben Wohnung! Heute, Donnerstag, vollenden sich 60 Jahre, seitdem die Familie Pflugstiel die gleiche Wohnung im vierten Obergeschoss des Hauses Straße 12 inne hat. Das Grundstück selbst hat nur einmal in dieser langen Zeit seinen Besitzer gewechselt.

Aus Sachsen.

Auch der Verlust von Weidenlächsen wird jetzt streng bestraft.

(N.) Die Weidenlächsen, die zu Beginn des Frühjahrs den Bienen fast die einzige Nahrung geben, werden vielfach von gedenklosen Menschen abgerissen, obwohl das Forst- und Feldwirtschaftsgesetz empfindliche Strafen anordnet. Mit Rücksicht auf die Volksordnung hat sich das Ministerium des Innern zu einer noch weitergedehnten Maßnahme veranlaßt geführt. Das Heilbecken und Verlaufen von Weidenlächsen ist nunmehr ganz allgemein verboten und unter Strafe gelegt worden. Vom Verboote sind lediglich ausgenommen die in Handelsgräsern zum Schnitt angepflanzten und geogenen Weiden. Wer Weidenlächsen verlaufen, die er auf Handelsgräsern abgezogen hat, muß jederzeit einen schriftlichen Ausweis über den redlichen Erwerb der Weidenlächsen haben, sonst verfällt auch er der Strafe. Die Blumengeschäftsbücher und -händler werden gut tun, sich mit der neuen Verordnung vertraut zu machen, denn die Aufsichtsbeamten sind angewiesen, auf Durchführung der Vorschriften scharf zu achten.

Das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt vom 9. Juli 1922 trat am 1. April 1924 in Kraft. Auf Antrag eines Landes kann es für diese schon früher in Kraft gelegt werden. Für Sachsen war anfangs die Inkraftsetzung schon am 1. April 1923 in Aussicht genommen. Es erschien dies möglich, weil hier ein läudiges Rep von Wohlfahrtsämtern bereit vorhanden ist und ihnen die reichsgelehrten Aufgaben der öffentlichen Jugendküche mit übertragen werden sollen. Nur sind aber die Wohlfahrtseinheiten eine Einrichtung der gemeindlichen Selbstverwaltung, die eine neue geistige Grundlage in der Gemeindeordnung erhalten soll, deren Eintritt dem Landtag vor kurzem zugesagt ist. Darum ergibt sich zwangsläufig, daß das sächsische Ausführungsgeley zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz und die im Zug inwendung damit unvermeidliche Anpassung der öffentlichen Wohlfahrtseinheiten auf längere Zeit verzögert werden müssen.

Über die Tätigkeit des Landeskulturrats seit der letzten Gesamtsitzung berichtete Kurt Direktor Dr. Schöne.

Aus diesem Bericht dürfte hervorgehoben werden, daß das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mitgeteilt habe, daß die

Großenhain. Die Amtshauptmannschaft Großenhain hat einem ihr durch Großenhainer Arbeit geäußerten Anlaß auf 185 Eier abgenommen, die dieser zu Wucherpreisen im Bezirk aufgerieben hatte. Der Staatsanwaltshof in Leipzig erhielt worden. Die Eier werden, soweit sie ausreichen, zu vertretbarem Erwerbspreise für 150 M. das Stück abgegeben, und zwar erhält jeder Erwerberloge für sich und jedes Familienmitglied ein Ei gegen Vorzeigen seiner legitimierung.

Gleichen. Von der geplanten Umstellung des sächsischen Gleisstromnetzes auf Drehstrom aus Gründen der Stromerpartheid muß wegen der enormen Kosten, die sich nach dem jetzigen Geldwert auf 50 Mill. M. belaufen werden, abgesehen werden.

Berg. Die Sächsische Patentpapiersfabrik Benitz hat die Reichsregierung ihr Schulungsheim in Wilischthal im Erzgebirge zunächst für zwei bis drei Monate zur Verfügung gestellt, um dort die Berufsschule aus dem westlichen Teil des Reiches unterzubringen. Es sind vorläufig zehn Zimmer mit 20 bis 25 Betten freigemacht worden. Die Papierfabrik Benitz stellt außerdem die Heizung und überläßt die Räume mietfrei.

Buchholz. Für die Rhein- und Ruhrhöhe sind hier bisher rund 8 Millionen Mark eingezogen.

Löbau. Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Löbau beteiligt sich mit 1 Mill. M. an der Landeskiedlungsgesellschaft „Sächsisches Heim“ in Dresden.

Land- u. Forstwirtschaftliches.

Landeskulturrat.

Am Dienstag hatte sich der Landeskulturrat zu seiner 10. Gesamtsitzung versammelt. Das Wirtschaftsministerium nahm doran teil: Wirtschaftsdirektor Dr. v. Hügel, die Ministerialräte Dr. Sala, Dr. Tripsche, Prof. Dr. v. Wendt, Edelmann, die Oberregierungsräte Ritter Wittgenstein und Mensch; als Vertreter des Justizministeriums war Oberlandgerichtsrat Dr. Bieger erschienen. Beh. Obernotar Dr. Andra wies auf den Ernst der Lage in Deutschland hin und betonte nachdrücklich, daß die deutsche Landwirtschaft heute mehr denn je bereit sein müsse, alles zu tun, daß die Einigkeit, die heute glücklicherweise in Deutschland herrsche, und damit das deutsche Vaterland in seinem Bestande erhalten bleibe! Im Anschluß an diesen Hinweis wurde sodann über die

Spende der sächsischen Landwirtschaft für die Arbeitervölkerung. berichtet und der Organisationsplan, der die gemeinsame Aktion der deutschen Landwirtschaft einheitlich geprägt, zur Kenntnis der Versammlung gebracht. In Sachsen werden in jeder Amtshauptmannschaft Landwirtschaftsgebiete gebildet, denen Vertreter der landwirtschaftlichen Vereine, des Verbundes, der Genossenschaften und der Arbeitnehmerverbände angehören. Das Sammelkonto der Landwirtschaft für Sachsen dient der Landeskulturrat, der die gesammelten Gelder oder Rationen dem Deutschen Landwirtschaftsverein in Berlin überreicht. Dr. Andra wies dann noch darauf hin, daß man sich nicht allein auf die Unterstützung der Arbeitervölkerung beschränken dürfe, vielmehr muß gesammelte Beute mit Rahmenmitteln versorgt werden, darüber hinaus aber dürfe auch die deutsche Wogemeinschaft nicht vergessen werden; aus letzterem Grunde heraus werde von den einkommenden Mitteln ein Teil für die notleidende sächsische Bevölkerung abgezweigt werden.

Über die Tätigkeit des Landeskulturrats seit der letzten Gesamtsitzung berichtete Kurt Direktor Dr. Schöne.

Aus diesem Bericht dürfte hervorgehoben werden, daß das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mitgeteilt habe, daß die

Eingänge auf die Getreideumlage sehr gering seien, der Bedarf für Markenbrot sei noch nicht für 1½ Monate eingeliefert. Es sei im Verhältnis zum Vorjahr viel mehr Auslandsgetreide beschafft worden. Eine Erweiterung des Einführungprogramms sei beim Stand der Salute ausgeschlossen. Dazu bemerkte das sächsische Wirtschaftsministerium, daß im Sachsen eine einzige Kommuonenverbände mehr als das fünfte Drittel abgeleistet hätten, andere hätten die Frist nicht eingehalten. Dies liege an den Verhältnissen des Landes. Trotzdem werde im Hinblick auf die erste Lage der Getreideversorgung des Landeskulturrat erneut, die Landwirtschaft unter Aufklärung über die Schwierigkeiten des Verjüngens der Getreideumlage zu veranlassen. Es müsse aber auf die Notwendigkeit hingewiesen werden, die oberen Lagen des Erzeugens und des Verbrauchs von der Umlage zu befreien. Den Bemühungen der sächsischen Regierung ist es gelungen, für Sachsen einen Salz von 14.000 t zu erreichen, der den hauptsächlich von der Not betroffenen Kommunalverbänden zugute kommen soll. Der Landeskulturrat hat ferner erachtet, daß die Auszahlung der Beiträge für abgeliertes Umlagegetreide Zug um Zug erfolge und keine Rückstände verbleiben. Zu dem Entwurf eines Gesetzes, der die Lieferung von Getreide für abgeliertes Getreide erlaubt, ohne nicht die Schwierigkeiten zu erkennen, die mit der Weiterleitung des Untertrichts eine Schädigung erweckt, ist der Landeskulturrat seine Zustimmung gegeben. Der Gesetzestext soll auch für die Schulbehörden maßgebend sein, die für die Genehmigung von Privatunterricht zuhanden sind.

Ronnengefahr und der Bevölkerung von Haupnlein wurde mitgeteilt, daß, wenn nicht schon bis Anfang April in größerem Umfang und mit der gründlichsten Gewissenhaftigkeit geleistet werde, der gesamte sächsische Siedlungsbestand an die Ronne verloren sei. — Eine lebhafte Aussprache führte bei der Frage der

Milchpreise

ein. Es wurde behauptet, daß die von der Höchstpreisordnung eingesetzten Milchpreise das Betriebskapital des Landwirtes vernichten, und die Befreiung dieser Verordnung gefordert. (Aus einem Teil der gestrigen Auflage wiederholt.)

Amtlicher Teil.

Beamtenbesoldung.

Die nach der Verordnung vom 14. Februar 1923 (Sächs. Staatszeitung Nr. 38, Abschnitt I unter a auf Monat Februar entfallenden Mehrbeträge sind vom 17. dieses Monats an zu zahlen. § 222 b ist sinngemäß anzuwenden).

Hinsichtlich der Gehobenenangehörigen gilt das Gleiche für die Hälfte des monatlichen Mehrbetrages; die andere Hälfte ist am Monatschluss mit zu zahlen.

Se XIV A PA I

Dresden, den 15. Februar 1923. 10312

Ministerium des Innern. Finanzministerium.

Ministerium des Kultus u. öffentl. Unterrichts.

Oriolohuzulagen für Verwaltungsarbeiter.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des Personalamts — 81 PA II — vom 2. Januar 1923 (Nr. 2 der Sächs. Staatszeitung) über Oriolohuzulagen für Verwaltungsarbeit wird im Anschluß an die Regelung des Reichs folgendes bestimmt:

Mit Wirkung vom 1. Februar 1923 wird für die mit häuslichen Putz- und Reinigungsarbeiten beschäftigten Verwaltungsarbeiterinnen sowie für die Haus-, Küchen- und Wasch- und Wäscheleidenden der Landesanstalten und Universitätskliniken an Orten, an denen eine Oriolohuzulage geübt wird, der Betrag den betreut, verminderst sie sich für die genannten Arbeitnehmer um 3 (nicht $\frac{1}{2}$) auf 7 vom Hundert.

Bei jährliche, die nach der bisherigen Regelung bereits gezahlt sind, bleiben in Ausgabe.

Dresden, am 15. Februar 1923. 81 b PA II

Ministerium des Innern. Personalamt. 10321

Die Schlesische Generaversicherungs-Gesellschaft in Breslau hat a.s. Hauptversammlungen für den Kreisstaat Sachsen an Stelle des Herrn Generalagenten Robert Höfken in Leipzig Herrn Belegschaftsdirektor Otto Thilo in Leipzig bestellt.

Dresden, 13. Februar 1923. Ministerium des Innern.

Zusterverjörgung.

Abschnitt E der Justizkartei verliest mit Ablauf d. 3. Februar 1923 seine Gültigkeit. Mit demselben Tage verlieren auch die von den Kommissarien ausgestellten, mit Monatsstempel vermerkt nicht verlorenen Bezugskarten ihre Gültigkeit; G. vertragter darf auf diese Bezugskarten nicht abgegeben werden. 106 V E 5 (10309)

Dresden, 15. Februar 1923. Wirtschaftsministerium.

Dem Honorarkonsul von Costa Rica in Dresden, Joachim Taube Tisch, ist namens des Reichs das Equator erlaubt worden. 457 III B 10277 Dresden, 14. Februar 1923. Wirtschaftsministerium.

Dem Königlich Dänischen Honorarkonsul in Dresden, Max Hermann Reimer ist namens des Reichs das Equator erlaubt worden. 509 III B Dresden, 15. Februar 1923. Wirtschaftsministerium.

Der nach § 5 des Gesetzes über Schädigung und Schädenvergütung bei der Gebäudeteilung der Landes-Brandversicherungsanstalt vom 18. März 1921 festzulegende Teuerungszuschlag wird vom 15. Februar 1923 ab auf 199 000 fürs hundert festgesetzt, sodass insgesamt das 2000 fache der Gebäudeabschädenvergütung im Brandfall gewährt wird. Schädenvergütungen, die vor dem 15. Februar 1923 tatsächlich festgestellt worden sind, bleiben hieran unberührt.

M 11 b IA 10305

Dresden, 15. Februar 1923. Brandversicherungsanstalt.

Börne, Deutschland und Frankreich.

Von Max Adler.

1.

Es sind nicht die schlechtesten Deutschen, die ins Exil gehen. Ihre elementaren Widerstände gegen heimische Ungläubigkeiten sind nur durch Distanz und Anlauf in Aktivität umsetzbar. Es ist, als brauche ihr reiziger Liebezorn die richtige Hör- und Kürzwelle. War im Vormarz ein gefährlicher Nahkampf mit Weiternach oder mit Genugmäßigkeit? Ebensoviel, als heute etwa mit Lüdensdorf oder Hirschberg oder Rahr, sofern sie noch einmal zur Macht kämen.

Dem ersten wirklich radikalen Deutschen, Ludwig Börne, brachte der Vaterlandsboden unter den Füßen. Ihn, den Kritiker aus Beruf und Leidenschaft, erdrückt die exzessivere Krichhoffswelt der Heimat. Sein ganzes Denken und Wirken ist ja nur ein einziger Schrei nach Kampf. Und die Julirevolution; das Alarmsignal, das ihn zum großen Hersteller mit der deutschen Reaktion über den Rhein riss.

Als Kritiker, Bierundzwanzigjähriger reist Börne nach Paris. Von dort aus schreibt er, zwischen dem 5. September 1830 und dem 17. März 1833 jene 115 Briefe nach Deutschland, die seinen Ruf und Beruf als radikal-schris-tischer Begründer, denen hornieter Chauvinismus das Sigma des Deutschenhauses aufgedrückt hat.

Freilich, zunächst überzeugt ein fast übermütiges Gefühl des frechen Vogelbundenseins.

„He näher ich der französischen Grenze komme“, schreibt er am ersten Tag, „je toller werde ich.“ Weiß ich doch jetzt schon, was ich tun werde auf der Kettler Brücke, sobald ich der letzten badischen Schildwache den Rücken zukehre. Doch darf ich das keinem Frauengimmer verraten! Und weiter, in demselben Brief: „Die M. hat einen prächtigen Jungen. Ich hab eine schöner Zeit in rosentöter Knospe. Wenn die ganze Welt in ausdrückt! Wie gern hätte ich ihn der Mutter gestohlen und ihn mit mir über den Rhein geführt, ihn dort zu erzählen mit Schlügen und Rüßen mit Hunger und Stosinen, daß er keine Freiheit habe und dann zurückkehre, frei zu machen.“ In Darmstadt ambtiert er sich über die „französischen Revolution“, die dort vor einigen Tagen gewesen sein soll. Es stellt sich heraus, daß die Bürger zwar wachsam unzufrieden waren, aber nicht mit der Regierung, sondern mit den bösen Liberalen in der Kommerz, die dem armen Großherzog keine Schulden nicht bezahlen wollten. „Das ist deutsches Volksmutter, das las ich mit gesessen, darin ist Rossini'sche Melodie“, notiert er ingrimig im Vorüberseiten. Auch der 50 Mann starken Theatevwache in Darmstadt macht er seine Abschiedsverfeier und dem ganzen militärischen Plummel des Deutschen. „Diese kleinen deutschen Fürsten in ihren Krichhoffsweltländen sind gerüstet und gestochelt wie die wilden Kastaken. Wie froh bin ich, daß ich aus dem Lande gehe.“

Aber beim Anhören einer Art aus dem „Freischütz“ geht ihm das Herz auf „wie eine trockne Semmel in Milch“.

Was er den Deutschen in Paris nicht verzeihen kann, das ist, daß sie im Juli nicht mit den anderen Nationen — unter denen er sogar Reger verzeichnet — für die Freiheit aller Franzosen gekämpft, die ja die Freiheit aller Volker sei. Insbesondere die deutschen Gelehrten kommen dabei schlecht weg. Die armen Teufel, die in Scharen nach Paris wanderten, um dort für deutsche Blätter zu korrespondieren: sie hätten mindestens aus Danzigkost für ihren Ernährer, die sie so reichlich mit Stoss verjagen, am Kampf teilnehmen sollen. „Aber hinter einem dicken Fensterposten, im Schlosstrotte, die Feder in der Hand, das Schlachtfeld begutten, die Verwundeten, die Gefallenen zu zählen und gleich zu Papier zu bringen, zu bewundern, statt zu bluten, und die Leiden eines Volkes sich von einem Buchhändler bogenzwecke bezahlen zu lassen — nein, das ist zu schmachhaft, zu schaudhaft!“

Das talhause „Odi profanum vulgus et aro“

der Gelehrten und Dichter seiner Zeit ist ihm ein Grauel. „Werdet häufig, Professoren!“ ruft er den Wissenschaftlern zu, die aus ihrem Willen ein Monopol machen. Er wirft ihnen ihre eile, Eglanz, ihre beamtenhafe Unbeweglichkeit vor. „In seinem Gedanken über die Möglichkeit des sechsten Hindolers in Deutschland“ dieser prächtigen Salice auf die deutsche Weisheit bureaucratie, sagt er: „Ihr wißt alles und euch

umstehen Menschen, die nichts wissen; ihr seid ja gelehrte und euch umgibt ein gelehrtes Volk. Schämt euch! Ist es nicht eine Schande, daß es nahe um Göttlingen, Jena und Heidelberg so viele Menschen gibt, die nicht lesen und schreiben können, daß es im Weichbild der Postale Dummköpfe gibt? Befordert den wechselseitigen Unterricht, schreibt angenehme und nützliche Sonntagsbücher für Bürger und Bürger!“

Solche Ideen berühren sich mit dem modernen

Gedanken der Volkshochschule, zugleich aber mit dem noch tiefer sich gründenden Bildungsstreben

der ehrlichen und deutschnen Volksschüler: eines Matthias Claudius, eines Peter Hebel. Im Programm seiner „Wage“ und seiner „Zeitschriften“ belennt er sich zu seiner wesentlichsten

publizistischen Mission: zwischen Wissenschaft und Leben zu vermitteln. „Wahlt!“ schreibt er,

„das Kupfer, das durch Tagesblätter unter das Volk gebracht wird, ist mehr wert als alle Gold in Büchern.“ In jener Ankündigung der „Zeitschriften“, leben ein paar

Edle, die sich leben, als wären sie den Politikern

aller Parteien und Nationen von heute gewidmet;

„Wenn wir beglücken wollen, müssen wir die Politik aus den Wahlen entwirkt ziehen. Kein Hungertier wird gestillt mit einer Abhandlung

über die deutsche Kornausfuhr, kein Kranker geheilt mit einem Handbuch der Therapie, keine Bürgerfreiheit durch Montaigne geschaffen.“ Es

gibt in seinem Werk: Rousseau bekämpft er die Religions zur Weisheit und Menschenkenntnis.

Die Stadt Sayda i. Erzgeb. und verschiedene Landgemeinden dortiger Gegend haben sich zur gemeinsamen Erfüllung der ihnen nach § 120 des Gesetzes über die Landes-Brandversicherungsanstalt vom 1. Juli 1910 obliegenden Aufgaben unter dem Namen „Achdegitat Sayda“ zu einem Gemeindeverband nach dem Gesetz vom 18. Juni 1910 mit dem § 2 in Sayda vereinigt. Die Sitzung ist genehmigt worden. Die Verbandsorgane sind der Rechenschaftsvorstand und die Verbandsversammlung. Für die Funktionsfähigkeit der Verwaltungsbüroden gelten § 39 der Gewerbeordnung und § 120 des genannten Gesetzes vom 1. Juli 1910. Dresden, 10. Februar 1923. Kreishauptmannschaft.

Öffentliche Sitzung des Kreishauptmannschaft zu Dresdner Freitag, den 28. Februar 1923, vor 11 Uhr, im Sitzungssaal der Kreishauptmannschaft, Johann-Straße 23, I. Geschlo. 10280 Dresden, 13. Februar 1923. Kreishauptmannschaft.

Auf Blatt 252 des Handelsregisters, betr. die Firma Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Zweigstelle Leipzig, Sitzungserklärung der Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt in Leipzig, und auf Blatt 245 des Handelsregisters, betr. die Firma Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Zweigstelle Adorf im Vogtland, Sitzungserklärung der Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt in Leipzig, ist heute eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 10. Dezember 1922 hat die Erhöhung des Grundkapitals um vierhundert Millionen Mark, verfallen in 32000 auf den Inhaber lautende Aktien zu 1000 Mark, mittler auf fünfzig Millionen Mark, beschlossen. Die beschlossene Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt. Dementsprechend sind die §§ 4 und 13 des Gesellschaftsvertrages abgeändert worden. — Die Ausgabe der Aktien ist zum Kurs von 100 % erfolgt. Es lauten jetzt: § 4: Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt fünfzig Millionen Mark und ist eingeteilt in Aktien über 1000 Mark und nach Abschluß des Aufsichtsrats in solche über 100000 Mark, welche auf den Inhaber lauten. Der Aufsichtsrat ist berechtigt, Aktien in Städte von 100000 Mark auszugeben, welche 100 Stimmen haben, auch diese Aktien wiederum in Städte à 1000 Mark umzuwandeln, welche 100 Stimmen haben. § 13: Jede Aktie über 100000 Mark gewährt eine Stimme, jede Aktie über 100000 Mark gewährt hundert Stimmen. [10283 Amisgericht Chemnitz, Abt. E.

In das Handelsregister ist eingetragen worden am 9. Februar 1923:

1. auf Blatt 8749 die Firma Ahrens & Winter, Hamburg, Sitzungserklärung Chemnitz in Chemnitz, Zweigniederlassung des in Hamburg unter der Firma Ahrens & Winter bestehenden Hauptgeschäfts. Inhaber ist der Kaufmann Paul Winter in Hamburg. Für den Betrieb der Zweigniederlassung Chemnitz ist Prokura erteilt dem Kaufmann Richard Müller in Chemnitz (Endau) von Textilwaren, Obere Georgstr. 3/b;

2. auf Blatt 8749, betr. die Firma Adolf Altenbach in Chemnitz und als Inhaber des Kaufmann Adolf Altenbach, derselbst Prokura erteilt Frau Elsa Martha v. Altenbach geb. Donath in Chemnitz (Großhandel in Molkereiprodukten, Brückenstr. 32);

3. auf Blatt 8750 die Firma Hans Dier in Chemnitz und als Inhaber der Apotheker Hans Friedrich Dier, derselbst Fabrikation von pharmazeutischen Präparaten, Handel mit Drogen und Arzneimitteln sowie Destillation und Färberei von Spirituosen und Großhandel davon, Schopauer Straße 76;

4. auf Blatt 8751 die Firma A. Paul Dörter in Chemnitz und als Inhaber der Kaufmann Richard Paul Dörter, derselbst Großhandel im Lebensmittel, Dresden, Heilig-Geist-Str. 61;

5. auf Blatt 8752 die Firma Heinrich Kotter in Chemnitz und als Inhaber der Kaufmann Karl Heinrich Kotter, derselbst (Vertrieb von Lebensmitteln, Hemmleinstr. 32);

6. auf Blatt 8753 die Firma Oskar Götter in Chemnitz und als Inhaber der Apotheker Oskar Götter, derselbst (Großhandel und Export in Textilwaren, Apollostr. 18);

7. auf Blatt 8754 die Firma Hugo Hildebrandt in Chemnitz und als Inhaber der Strickwarenfabrik Hugo Hünrich Hildebrandt, derselbst (Fabrikation und Handel in Strick- und Wirkwaren, Bitterstr. 27);

8. auf Blatt 8755 die Firma Adolf Höller in Chemnitz und als Inhaber der Kaufmann Richard Adolf Höller, derselbst Handel in Strumpfwaren, Heinrich-Heil-Str. 41;

9. auf Blatt 8756 die Firma Oskar Spilz in Chemnitz und als Inhaber der Kaufmann Oskar Spilz, derselbst (Fabrikation von Textilien, Löwensstraße 34);

10. auf Blatt 8757 die Firma Rudolf Arentz in Chemnitz und als Inhaber der Handelsvertretung Friederich Rudolf Arentz, derselbst (Großagentur in Kolonialwaren, Süd-ahrt. 6);

11. auf Blatt 8758 die östere Handelsgesellschaft in Firma Benedict & Winkler in Chemnitz. Gesellschafter sind die Schriftsteller Paul Ottomar Benedict und Richard Paul Winkler in Chemnitz. Die Gesellschaft hat am 1. Juli 1921 begonnen (Schriftsteller und Großhandel in Schirmen und Spaziergängen, Schopauer Str. 44);

12. auf Blatt 8759 die Kommanditgesellschaft in Firma A. Gründberg & So. in Chemnitz. Gesellschafter sind der Kaufmann Paul Johann Christian Siemens in Frankfurt a. M. als persönlich haftender Gesellschafter und eine Kommanditist. Die Gesellschaft hat am 18. Oktober 1922 begonnen (Einkauf, Fabrikation und Verkauf von Strumpfwaren und andren Textilien, Weitbahnstr. 43);

13. auf Blatt 8760 die Kommanditgesellschaft in Firma Siemens & So. in Chemnitz. Gesellschafter sind der Kaufmann Paul Johann Christian Siemens in Frankfurt a. M. als persönlich haftender Gesellschafter und eine Kommanditist. Die Gesellschaft hat am 1. September 1922 begonnen (Fabrikation und Großhandel in Textilwaren, Annenstr. 23);

14. auf Blatt 8761 die Firma Leon Silberstein Kommanditgesellschaft in Chemnitz. Gesellschafter sind der Kaufmann Leon Silberstein in Chemnitz als persönlich haftender Gesellschafter und ein Kommanditist. Die Gesellschaft hat am 1. November 1922 begonnen (Fabrikation und Großhandel, insbesondere Export in Strumpf- und Wirkwaren, Hedwigsstr. 15);

15. auf Blatt 8765, betr. die offene Handelsgesellschaft in Firma Dr. Ing. Schäppel & Co. in Chemnitz; Die Gesellschaft ist aufgelöst, die Liquidation beendet, die Firma erloschen;

16. auf Blatt 8766, betr. die Firma Hermann Meijer Aktiengesellschaft Zweigniederlassung Chemnitz in Chemnitz — Sitz in Frankfurt a. M. — Die Generalversammlung vom 22. Dezember 1922 hat die Erhöhung des Grundkapitals um zweieinhalbzig Millionen Mark, verfallen in 32000 auf den Inhaber lautende Aktien zu 1000 Mark, mittler auf fünfzig Millionen Mark, beschlossen. Die beschlossene Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt. Dementsprechend sind die §§ 4 und 13 des Gesellschaftsvertrages abgeändert worden. — Die Ausgabe der Aktien ist zum Kurs von 100 % erfolgt. Es lauten jetzt: § 4: Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt fünfzig Millionen Mark und ist eingeteilt in Aktien über 1000 Mark und nach Abschluß des Aufsichtsrats in solche über 100000 Mark, welche auf den Inhaber lauten. Der Aufsichtsrat ist berechtigt, Aktien in Städte von 100000 Mark auszugeben, welche 100 Stimmen haben, auch diese Aktien wiederum in Städte à 1000 Mark umzuwandeln, welche 100 Stimmen haben. § 13: Jede Aktie über 100000 Mark gewährt eine Stimme, jede Aktie über 100000 Mark gewährt hundert Stimmen. [10283 Amisgericht Chemnitz, Abt. E.

Auf Blatt 8767 des Handelsreg. erl. ist heute eingetragen worden die Firma Schaal & Co. Aktiengesellschaft in Chemnitz (V. Blatt. 7). Der Generalvereintrag ist am 21. Dezember 1922 abgeschlossen. Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Rohstoffen und Halbfabrikaten jeder Art, insbesondere der Handel mit Eisen und Metallen. Die Gesellschaft ist bestrebt, sich in gleichartigen Unternehmen in jeder geschäftlich günstigen Form zu beteiligen und Zweigniederlassungen im In- und Ausland zu errichten. Das Grundkapital beträgt zehn Millionen Mark; es zerfällt in 1000 Inhaberaktien zu 10000 R. und 500 Inhabervorzugsaktien zu 1000 R. und 500 Inhaberzweigaktien zu 1000 R. und 500 Inhaberzweigzweigaktien zu 1000 R. Die Ausgabe der Aktien erfolgt zum Nennwert. Die Vorzugsaktien erhalten aus dem jährlichen Reingewinn auf ihren Nennwerttag vorweg eine Vorzugsdividende von 6 %. Reicht der Reingewinn eines Jahres zur Zahlung der 6 %igen Vorzugsdividende nicht aus, so in der Reingewinn der folgenden Jahre in einer Linie zur Nachzahlung auf die etwa rückläufige 6 %ige Vorzugsdividende zu verwenden. Das Recht auf Nachzahlung steht

Börsenwirtschaft und Handel.

* Die Reichsbank lädt die Mark. Am 31. Januar erreichte der Dollar an der Berliner Börse den Rekord mit einer amtlichen Notierung von 49.000. Genau 14 Tage darauf, am 14. d. M., ist er bis auf 23.500 gesunken. In einer Zeit der höchsten Inflationsspannung des deutschen Volkes, des größten Devisenbedarfs der Industrie und des Zahlungsmittelimports erhöhte sich der Wert der Mark binnen zwei Wochen von einem Tiefstand auf ein Höhepunkt und auf einen weiteren Höhenpunkt. Eine geradezu unerhörte Entwicklung! Und doch liegt das Geheimnis offen zugute: die Reichsbank hat seit etwa 10 Tagen eine umfassende Stützungskktion für die Mark unternommen, indem sie Devisen verkaufte und so die fortwährende Abwärtsbewegung der Mark enthalt gebot. So erstaunlich diese Taktik der Reichsbank ist, so muß man sich doch fragen, warum sie nicht schon früher die Kurstiegerung des Dollars entgegengesetzt hat. Die Preise sind mit dem Dollar sprunghaft in die Höhe gegangen und steigen jetzt mit dem Rückgang nur am Effektivmarkt; es ist bereits der Nachtrag da. Erhebliche Mängel der Währung zeigen, daß das Spekulantenmarkt endlich die verdienten Eindringungen erlebt. Aber die Preisentwicklung ist noch durchaus nicht vor. Wohl haben sich bereits einige Rohstoffindustrien zu Preisabschlägen

herbeigeflossen (so die Großenindustrie), wohl haben sich auch die Preise des freien Marktes, zugleich mit der Verbilligung der Importwaren, etwas gesenkt, aber im allgemeinen ist von einem Rückgang der Lebensmittelkosten nichts zu spüren. Sollte nun die Kraft der Reichsbank bald nachlassen, und der Dollar wieder steigen, so wäre mit der ganzen Aktion nicht mehr erreicht als eine große Verzerrung des Warenausmarktes, der ohnehin schon im Reichen von Abhängigkeiten steht, eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit und ein Druck auf die Löhne der Arbeiter. Dann würde es sich bitter rächen, daß man nicht weitergehendere Maßnahmen zur Stabilisierung der Mark, wie sie seit langem gefordert werden, rechtzeitig getroffen hat. Es ist daher ein Gebot der Stunde, das Verfaultheit mit großer Beschleunigung aufzuholen und mit der Schaffung von wertbeständigen Anteilen, sowie mit der Beschränkung der Devisenspekulation die jüngsten Verbindungen zur Stabilisierung der Mark zu schaffen.

* **Gewährung des Goldankaufspreises.** Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und die Post erfolgt vom 15. d. M. einschließlich für den Rest des Monatswechsels zu dem heutig gezeigten Weite von 190.000 M. für ein Zwanzigmarksstück und 60.000 M. für ein Hertzschafstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankaufspreis für Reichsbilanzmünzen wird ebenfalls vom 15. d. M.

Dresdner Kurse vom 14. Februar.**Deutsche Staatspapiere.**

Deutsche Reichsbank	5.4800 bez.
b. bezgl.	5.500 bez.
b. bezgl.	4.1050 bez.
b. bezgl.	5.00 bez.
1/2 D. Reichsbanknoten 1915 II 5	—
4/10 bezgl.	1917 III 5
3/7 bezgl.	1916 IV-V 45
3/7 bezgl.	(Rei.) VI-LX 95 bez.
4/10 bezgl.	Juli 1914 45
3/7 Deutsche Rentenbanknoten 4	6700 bez.
b. Deutsche Rentenbanknoten 4	420 bez.
b. Deutsche Rentenbanknoten 4	100 bez.
b. Deutsche Rentenbanknoten 4	50 bez.
1/2 D. Reichsbanknoten 1915 II 5	—
4/10 bezgl.	1917 III 5
3/7 bezgl.	1916 IV-V 45
3/7 bezgl.	1916 VI-LX 95 bez.
4/10 bezgl.	Juli 1914 45
3/7 Deutsche Rentenbanknoten 4	6700 bez.
b. Deutsche Rentenbanknoten 4	420 bez.
b. Deutsche Rentenbanknoten 4	100 bez.
b. Deutsche Rentenbanknoten 4	50 bez.
3/7 Reichsbanknoten 1915 5	—
4/10 bezgl.	1916 5
3/7 bezgl.	1916 45
3/7 bezgl.	1917 45
3/7 bezgl.	1918 45
3/7 bezgl.	1919 45
3/7 bezgl.	1920 45
3/7 bezgl.	1921 45
3/7 bezgl.	1922 45
3/7 bezgl.	1923 45
3/7 bezgl.	1924 45
3/7 bezgl.	1925 45
3/7 bezgl.	1926 45
3/7 bezgl.	1927 45
3/7 bezgl.	1928 45
3/7 bezgl.	1929 45
3/7 bezgl.	1930 45
3/7 bezgl.	1931 45
3/7 bezgl.	1932 45
3/7 bezgl.	1933 45
3/7 bezgl.	1934 45
3/7 bezgl.	1935 45
3/7 bezgl.	1936 45
3/7 bezgl.	1937 45
3/7 bezgl.	1938 45
3/7 bezgl.	1939 45
3/7 bezgl.	1940 45
3/7 bezgl.	1941 45
3/7 bezgl.	1942 45
3/7 bezgl.	1943 45
3/7 bezgl.	1944 45
3/7 bezgl.	1945 45
3/7 bezgl.	1946 45
3/7 bezgl.	1947 45
3/7 bezgl.	1948 45
3/7 bezgl.	1949 45
3/7 bezgl.	1950 45
3/7 bezgl.	1951 45
3/7 bezgl.	1952 45
3/7 bezgl.	1953 45
3/7 bezgl.	1954 45
3/7 bezgl.	1955 45
3/7 bezgl.	1956 45
3/7 bezgl.	1957 45
3/7 bezgl.	1958 45
3/7 bezgl.	1959 45
3/7 bezgl.	1960 45
3/7 bezgl.	1961 45
3/7 bezgl.	1962 45
3/7 bezgl.	1963 45
3/7 bezgl.	1964 45
3/7 bezgl.	1965 45
3/7 bezgl.	1966 45
3/7 bezgl.	1967 45
3/7 bezgl.	1968 45
3/7 bezgl.	1969 45
3/7 bezgl.	1970 45
3/7 bezgl.	1971 45
3/7 bezgl.	1972 45
3/7 bezgl.	1973 45
3/7 bezgl.	1974 45
3/7 bezgl.	1975 45
3/7 bezgl.	1976 45
3/7 bezgl.	1977 45
3/7 bezgl.	1978 45
3/7 bezgl.	1979 45
3/7 bezgl.	1980 45
3/7 bezgl.	1981 45
3/7 bezgl.	1982 45
3/7 bezgl.	1983 45
3/7 bezgl.	1984 45
3/7 bezgl.	1985 45
3/7 bezgl.	1986 45
3/7 bezgl.	1987 45
3/7 bezgl.	1988 45
3/7 bezgl.	1989 45
3/7 bezgl.	1990 45
3/7 bezgl.	1991 45
3/7 bezgl.	1992 45
3/7 bezgl.	1993 45
3/7 bezgl.	1994 45
3/7 bezgl.	1995 45
3/7 bezgl.	1996 45
3/7 bezgl.	1997 45
3/7 bezgl.	1998 45
3/7 bezgl.	1999 45
3/7 bezgl.	2000 45
3/7 bezgl.	2001 45
3/7 bezgl.	2002 45
3/7 bezgl.	2003 45
3/7 bezgl.	2004 45
3/7 bezgl.	2005 45
3/7 bezgl.	2006 45
3/7 bezgl.	2007 45
3/7 bezgl.	2008 45
3/7 bezgl.	2009 45
3/7 bezgl.	2010 45
3/7 bezgl.	2011 45
3/7 bezgl.	2012 45
3/7 bezgl.	2013 45
3/7 bezgl.	2014 45
3/7 bezgl.	2015 45
3/7 bezgl.	2016 45
3/7 bezgl.	2017 45
3/7 bezgl.	2018 45
3/7 bezgl.	2019 45
3/7 bezgl.	2020 45
3/7 bezgl.	2021 45
3/7 bezgl.	2022 45
3/7 bezgl.	2023 45
3/7 bezgl.	2024 45
3/7 bezgl.	2025 45
3/7 bezgl.	2026 45
3/7 bezgl.	2027 45
3/7 bezgl.	2028 45
3/7 bezgl.	2029 45
3/7 bezgl.	2030 45
3/7 bezgl.	2031 45
3/7 bezgl.	2032 45
3/7 bezgl.	2033 45
3/7 bezgl.	2034 45
3/7 bezgl.	2035 45
3/7 bezgl.	2036 45
3/7 bezgl.	2037 45
3/7 bezgl.	2038 45
3/7 bezgl.	2039 45
3/7 bezgl.	2040 45
3/7 bezgl.	2041 45
3/7 bezgl.	2042 45
3/7 bezgl.	2043 45
3/7 bezgl.	2044 45
3/7 bezgl.	2045 45
3/7 bezgl.	2046 45
3/7 bezgl.	2047 45
3/7 bezgl.	2048 45
3/7 bezgl.	2049 45
3/7 bezgl.	2050 45
3/7 bezgl.	2051 45
3/7 bezgl.	2052 45
3/7 bezgl.	2053 45
3/7 bezgl.	2054 45
3/7 bezgl.	2055 45
3/7 bezgl.	2056 45
3/7 bezgl.	2057 45
3/7 bezgl.	2058 45
3/7 bezgl.	2059 45
3/7 bezgl.	2060 45
3/7 bezgl.	2061 45
3/7 bezgl.	2062 45
3/7 bezgl.	2063 45
3/7 bezgl.	2064 45
3/7 bezgl.	2065 45
3/7 bezgl.	2066 45
3/7 bezgl.	2067 45
3/7 bezgl.	2068 45
3/7 bezgl.	2069 45
3/7 bezgl.	2070 45
3/7 bezgl.	2071 45
3/7 bezgl.	2072 45
3/7 bezgl.	2073 45
3/7 bezgl.	2074 45
3/7 bezgl.	2075 45
3/7 bezgl.	2076 45
3/7 bezgl.	2077 45
3/7 bezgl.	2078 45
3/7 bezgl.	2079 45
3/7 bezgl.	2080 45
3/7 bezgl.	2081 45
3/7 bezgl.	2082 45
3/7 bezgl.	2083 45
3/7 bezgl.	2084 45
3/7 bezgl.	2085 45
3/7 bezgl.	2086 45
3/7 bezgl.	2087 45
3/7 bezgl.	2088 45
3/7 bezgl.	2089 45
3/7 bezgl.	2090 45
3/7 bezgl.	2091 45
3/7 bezgl.	2092 45
3/7 bezgl.	2093 45
3/7 bezgl.	2094 45
3/7 bezgl.	2095 45
3/7 bezgl.	2096 45
3/7 bezgl.	2097 45
3/7 bezgl.	2098 45
3/7 bezgl.	2099 45
3/7 bezgl.	2100 45
3/7 bezgl.	2101 45
3/7 bezgl.	2102 45
3/7 bezgl.	2103 45
3/7 bezgl.	2104 45
3/7 bezgl.	2105 45
3/7 bezgl.	2106 45
3/7 bezgl.	2107 45
3/7 bezgl.	2108 45
3/7 bezgl.	2109 45
3/7 bezgl.	2110 45
3/7 bezgl.	2111 45
3/7 bezgl.	2112 45
3/7 bezgl.	2113 45
3/7 bezgl.	2114 45
3/7 bezgl.	2115 45
3/7 bezgl.	2116 45
3/7 bezgl.	2117 45
3/7 bezgl.	2118 45
3/7 bezgl.	2119 45
3/7 bezgl.	2120 45
3/7 bezgl.	2121 45
3/7 bezgl.	2122 45
3/7 bezgl.	2123 45
3/7 bezgl.	2124 45
3/7 bezgl.	2125 45
3/7 bezgl.	2126 45
3/7 bezgl.	2127 45
3/7 bezgl.	2128 45
3/7 bezgl.	2129 45
3/7 bezgl.	2130 45
3/7 bezgl.	2131 45
3/7 bezgl.	2132 45
3/7 bezgl.	2133 45
3/7 bezgl.	2134 45
3/7 bezgl.	2135 45
3/7 bezgl.	2136 45